

Die Studie über das politische Bewußtsein Frankfurter Studenten will Aufschluß darüber geben:

— welche Bereitschaft zu politischem Engagement («politischer Habitus») die befragten Studierenden zeigen;

— wie ihre Einstellung zum demokratischen System als solchem («politische Tendenz») beschaffen ist;

— ob sie über einen Fundus zugrunde liegender weltanschaulicher Motive verfügen und wie diese »Gesellschaftsbilder« aussehen.

Diese Daten sind vornehmlich auf dem Wege einer qualitativen Auswertung der Befragungsprotokolle gewonnen worden. An Hand unserer Überlegungen zum demokratischen Potential und zu den Reaktionsweisen der Studierenden wurden in jeweils mehreren Interpretationsschritten Typen des politischen Habitus und der politischen Tendenz sowie typische Gesellschaftsbilder ermittelt und beschrieben¹. Aus dem Zusammenhang des Habitus mit der politischen Tendenz ergibt sich ein erstes Bild vom politischen Potential der Studenten; man wird sehen können, in welche Richtung die Initiativgruppen eher streben, in welche die Mitläufergruppen; wie die Gruppe der Ambivalenten, wie die der Unpolitischen sich verhält. Dabei handelt es sich noch um ein recht abstraktes Schema, das die Vielgestaltigkeit der konkreten Situation außer acht läßt. Nur unter Voraussetzung der gegenwärtigen politischen Verhältnisse, des status quo, kann es sinnvollerweise Geltung beanspruchen. Dieser Befund bedarf mithin weiterer Erwägungen im Hinblick auf eine mögliche künftige Situation, welche die demokratische Ordnung in Frage stellen könnte; man mag dabei an einen drohenden Übergang der parteienstaatlichen Massendemokratie in eine wie immer gearbete Form des Obrigkeitstaates denken.

Am Beispiel des neunzehnten Jahrhunderts ließe sich leicht zeigen, wie Gesellschaftsbilder oder zumindest theoretische Vorstellungen beim politischen Verhalten der Menschen ihre Rolle spielten. Sie jedenfalls begründeten so etwas wie einen Standpunkt, das heißt sie sagten, was man von den einzelnen, stets wechselnden politischen Konstellationen zu halten, wie man sich selber zu ihnen zu stellen hatte. Wären Habitus und Tendenz unserer Befragten mit innerer Konsequenz jeweils in ein entsprechendes Gesellschaftsbild eingebettet, dann — so meinen wir — wären wir berechtigt, den heute erkennbaren, das politische Verhalten bestimmenden Dispositionen eine gewisse Kraft auch noch in Situationen der Krise zuzutrauen.

¹ Vgl. Bemerkungen zur Forschungstechnik, ANHANG S. 291 ff.

A. DER POLITISCHE HABITUS

I. Das politische Verhalten der Studenten im Vergleich zur Gesamtbewölkerung

1. Gruppenspezifische Vorzüge

Die Nivellierungsthese, die behauptet, daß sich heute im Vergleich zu den Klassengesetzten des neunzehnten Jahrhunderts die sozialen Schichten in Bewußtsein, Verhalten und Lebensstil angleichen, ist auch auf die Studentenschaft ausgedehnt worden¹. Man kann in der Tat die Tendenz feststellen, daß sich Universitäten zu Fachhochschulen entwickeln, Bildung der Ausbildung angleicht, und das Studium selber Formen der Berufarbeit annimmt. Funktionsstüchtigkeit, Aufstiegsstreben, Anpassungswilligkeit prägen die zweck- und berufsbezogene, an genauen Sach- und Zeitplänen orientierte Studienhaltung wohl des überwiegenden Teils der Hochschüler. Allein, aus all dem bereits zu schließen, daß der Verhaltensstyp des »jungen Arbeiters«, ungeachtet seiner vielfältigen Differenzierung in sich, gewissermaßen das Muster abgibt auch für die Ziele, Maßstäbe und Gewohnheiten der Studierenden, scheint doch übereilt; die objektiven Voraussetzungen, unter denen Studenten, im Vergleich zu ihren Altersgenossen, ihr Bewußtsein und ihr Verhalten ausbilden müssen, sind in vieler Hinsicht zu andersartig. Das trifft insbesondere für ihre Beteiligung am politischen Leben zu. Gemessen am Grad politischer Informiertheit und politischer Aktivität nimmt die Gruppe der Studenten eine recht ausgeprägte Sonderstellung ein; und zwar unterscheidet sie sich darin von den gleichaltrigen Gruppen der berufstätigen Jugendlichen noch mehr als vom Durchschnitt der Gesamtbewölkerung ohnehin. Eigentümlich ist zunächst die Situation des Studenten, weil er halb erwachsen ist, halb nicht erwachsen sein darf. Sie ist, wie oft bemerkt wurde, in gewissem Sinne eine festgehaltene Kindersituation, trotz körperlicher Reife und einer gewissen Zunehmung der Erwachsensein.

¹ Vgl. Helmut Schelsky: »Die skeptische Generation«, Düsseldorf 1957, S. 312 ff.

Mode das auch am hochbürgerlichen Jugendlichen auf den Universitäten vor 1914 als Konfliktlage stärker hervortreten; mag auch die Abschnürung des akademischen Lebens gegenüber der Berufswelt heute, nicht nur durch die verbreitete Werkarbeit, porös geworden sein; so sind doch die objektiven Anforderungen und die ihnen entsprechenden Anpassungen beträchtlich andere als die, denen die berufstätigen, seit ihrem vierzehnten, fünfzehnten Lebensjahr in den Betrieb eingegliederten Altersgenossen unterworfen sind. Zwar nicht mehr aus Elternhaus gebunden, aber noch nicht ins Erwerbsleben entlassen, von den spezifischen Bedingungen eines Berufs noch nicht gänzlich erfaßt, scheinen die Studenten mit dem Privileg ausgestattet, sich von der Konkurrenz der Interessen und Ideologien distanzieren zu können. Die »Ausbildungsinteressen« der Studenten sind Durchgangsinteressen; nicht wie Berufsinteressen fixiert, sondern an die temporäre Ausbildungssituation gebunden. Und doch gelten Studenten nicht mehr als Schüler sondern als Erwachsene, an deren Verantwortung alle möglichen Gruppen, nicht zuletzt der Staat, appellieren. So liegt es nahe zu vermuten, daß gerade ihnen, sofern nur ihre ökonomische Unabhängigkeit gesichert ist, ein bescheidenes Maß an Exterritorialität zugesprochen ist, ohne daß ihre Freiheit zugleich als Narrenfreiheit oder als die der Kinder wieder eingefangen würde.² Insofern könnte gerade die Entlastung von Beruf und berufsgewandenen Interessen ihrer Beteiligung am politischen Leben förderlich sein, entgegen der Erwartung des klassischen Liberalismus, daß der Staatsbürger im politischen Bereich seine Entscheidungen nach Maßgabe (und nur im Maße) seiner privaten Interessen fällt; und die privaten, das waren eben die des Gewerbes, des Berufs überhaupt. Auf die Frage, ob sich Studenten um politischen Einfluß bemühen oder, während des Studiums, ausschließlich ihrer Ausbildung widmen sollten, entscheidet sich demnach knapp die Hälfte der befragten Frankfurter Studenten für politische Einflußnahme und weniger als ein Drittel für Beschränkung auf ihr Studium. Die Berufsendastung während des Studiums wird anscheinend von einem großen Teil der Befragten eher als Chance für politische Beteiligung begriffen denn als Barriere. Wenn darüber hinaus jeder dritte Befragte angibt, daß er sich später, im Beruf, mehr um Politik kümmern werde

1 Obschon im Umkreis einer Großstadtuniversität auch das nicht wörtlich zu nehmen ist. Weitgehend unter dem Einfluß des sogenannten Heusenriessers wohnen von unseren Befragten sogar 54 Prozent im Elternhaus.

2 Vgl. Walter Dirks: »Die Verantwortung des Studenten gegenüber Volk und Staat«, in *Romano Guardini, Walter Dirks, Max Horkheimer: »Die Verantwortung der Universität«*, Würzburg 1954, S. 37 ff.

als auf der Universität, spiegelt sich darin eher das schlechte Gewissen einer gegenwärtig nicht eingegangenen Verpflichtung, auf die man, zur eigenen Beruhigung, »später« zurückkommen will. Ein Gefühl der Verpflichtung zur Teilnahme am politischen Leben ist nämlich unter Studenten allem Anschein nach weit verbreitet. Auch denjenigen, die ihre politische Interesslosigkeit bei irgendeiner Gelegenheit eingestehen, ist das Bewußtsein, daß »man« sich eigentlich um Politik kümmern solle, gegenwärtig — mehr noch, sie erkennen überwiegend diese Forderung mit Selbstverständlichkeit an. Meist konfrontieren sie ihr eigenes Verhalten unaufgefordert mit dem »demokratischen Soll«, geraten dann in Selbstbeschuldigungen oder bedürfen der Aufmunterung, der Rechtfertigung.¹

Dieses Verpflichtungsgefühl erklärt sich teilweise aus dem Erziehungsdruck, dem Schüler und Hochschüler unterliegen; sei es auf der Schule durch politische Erziehung im Sozialkundeunterricht, sei es auf der Hochschule im Studium generale, in Vorträgen, Vorlesungen usw.; sei es durch ständige Aufforderung zur Teilnahme an der Selbstverwaltung, an den entsprechenden Wahlen, politischen Foren usw.; sei es schließlich indirekt durch historische Bildung, durch geisteswissenschaftliche Schulung überhaupt, schließlich durch ein gewisses politisches Klima an den Universitäten, das als »Verantwortung des Geistes« firmiert und sich zuweilen gar in Massendemonstrationen Ausdruck verschafft. Dazu steht die Situation der berufstätigen Jugend im Gegensatz. Schelsky weist mit Recht darauf hin, daß das demokratische System für sie keinen allgemeinen, irgend als Verpflichtung aufgenommenen Anspruch auf Beteiligung am politischen Leben ausbildet hat; weder ausdrücklich formuliert, geschweige denn als Konvention.²

Beide Momente, die starke Ausprägung des Erziehungsappells und die beschriebene Entlastung in einer Durchgangssituation, tragen zu der vergleichsweise hohen Bereitschaft der Studenten, politisch aktiv zu werden, und zum Ausmaß ihrer Aktivität selber bei. Unterschiede zeigen sich etwa in der Bereitschaft, einer Partei beizutreten. 20 Prozent der befragten Studenten gegenüber 14 Prozent eines Quer-

1 Vgl. unten den Habitus der Unpolitischen, S. 75 ff.

2 »Die Jugend hat im modernen Leben genügend Anregung und Anleitung dazu, Politik als etwas Störendes nach Möglichkeit auszuklamern: der Meister oder der Chef im Betrieb und am Arbeitsplatz sorgen dafür, daß Politik und Arbeit nicht unnötig in Berührung miteinander kommen; die Freizeit im Sportverein oder bei sonstigen Gesellschaften wird von solchen Fragen und Meinungsverschiedenheiten nach Möglichkeit entlastet... Schließlich ist die Ansicht, daß die »eigentliche« Politik ja doch von denen gemacht werde, die sich von Berufs wegen damit beschäftigen, in einer großorganisatorischen, bürokratischen und funktionell durchspezialisierten Gesellschaft auch nicht ganz unrealistisch.« (Schelsky, a. a. O., S. 453.)

schnitts der Gesamtbevölkerung¹ äußern ihre Bereitschaft dazu, oder sind gar schon Parteimitglieder.

Schärfere Unterschiede ergeben sich im informellen politischen Verhalten. So führen, ihren Angaben nach zu urteilen, Studenten recht häufig politische Gespräche.

Tabelle 1:

FRAGE: »Unterhalten Sie sich manchmal über Politik?«

	Studierende der Frankfurter Universität (171) %
Fast täglich	20
Zwei- bis viermal die Woche	42
Seltener	29
Kaum, nie	9
	100

Vergleicht man diese Angaben mit dem Ergebnis einer Bevölkerungs-umfrage vom Juni 1956, so zeigt sich ein beträchtlicher Unterschied. Noch schlechter schnitt dabei die den Studenten entsprechende Altersgruppe ab²:

Tabelle 2:

FRAGE: »Unterhalten Sie sich manchmal über Politik?«

	Gesamt- bevölkerung (ca. 2000) %	Davon die 18- bis 29jährigen (ca. 480) %
Ja, häufig	13	10
Ja, gelegentlich	38	29
Nein, kaum	49	61
	100	100

Hier zeigt sich das charakteristische Verhältnis, daß Studenten im Maße ihres politischen Interesses die Gesamtbevölkerung übertreffen, erst recht aber die Gruppe ihrer Altersgenossen.

1 *Institut für Demoskopie*: »Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1957«, Allensbach am Bodensee 1957, S. 47.

2 A. a. O., S. 46. Für den Zeitpunkt unserer Befragung vgl. auch »Umfragen 1957«, hrsg. vom *DIVO-Institut*, Frankfurt am Main 1958, S. 54: »Sowohl im Frühjahr wie im Spätsommer des Jahres 1957 sagten mehr als die Hälfte der Befragten, daß sie sich im Familienkreis nicht über Politik unterhielten. Ähnlich war die Verteilung der Antworten in Hinsicht auf politische Gespräche mit Freunden und mit Arbeitskollegen.«

Selbst die Gruppe von Jugendlichen, bei der man eigentlich das größte Interesse für Politik voraussetzen dürfte, bleibt hinter den Studenten noch in der Häufigkeit der politischen Unterhaltung zurück: nach Baumer¹ unterhält sich die Hälfte der Führer organisierter Jugendgruppen nur selten oder gar nicht über Politik (gegenüber 38 Prozent der von uns befragten Studenten).

Freilich erschöpft sich bei den meisten Studenten politische Aktivität in Wahlen und gelegentlichen Unterhaltungen. Zwar wurde die Frage, ob man sich schon einmal für eine politische Sache besonders eingesetzt habe, von 30 Prozent der befragten Studenten verneint. Jedoch nennen sehr wenige Studenten Aktivitäten, die so etwas wie einen »Einsatz« verlangen. Immerhin geben 35 Prozent an, schon an Demonstrationen oder Kundgebungen teilgenommen zu haben². 19 Prozent nennen die Teilnahme an einer Wahlversammlung, 6 Prozent haben sich schon schriftlich für eine politische Sache eingesetzt (Leserbriefe, Briefe an Abgeordnete), 4 Prozent nennen parteipolitische Tätigkeit. Ein Vergleich mit dem politischen Verhalten anderer Gruppen ist hier nur begrenzt möglich. Nach Reigroitzki³ haben 7 Prozent der Bevölkerung Wahlversammlungen häufiger, 18 Prozent »ein paarmal« besucht; 7 Prozent und 36 Prozent sind die Vergleichszahlen für unsere Studenten.

Neben der Entlastung von Berufsansprüchen und der Unterwertung unter einen stetigen Erziehungsdruck ist der Ausbildungsgrad und, davon abhängig, ein relativ hohes Informationsniveau das dritte gruppenspezifische Moment, das für die durchschnittlich größere Beteiligung am politischen Leben ins Gewicht fällt. Schelsky⁴ betont, daß im allgemeinen das Verständnis der Jugendlichen für rationale Regierungsformen (wie die demokratischen), für das kalkulierte Gefüge gegenseitiger Machtkontrolle, für die abstrakte Organisation des Staatsapparates und die hochkomplizierten Tatbestände der Willensbildung und des nicht unmittelbar von Einzelpersonen repräsentierten Entscheidungsvollzugs beschränkt sei. Das Bekenntnis zur Demokratie sei wegen deren geringen Symbolwertes schwierig; sie böte

1 *DIVO*: »Zur ideologischen und politischen Orientierung der westdeutschen Jugend und ihrer Führer«, Frankfurt am Main — Bad Godesberg 1958 (Forschungsbericht), S. 13.

2 Ein halbes Jahr vor der Befragung hatte der ASTA der Universität Frankfurt aus Anlaß des Ungarnaufstandes und der Szekrise zu einer Demonstration aufgerufen. Dieser Aufruf fand tatsächlich ein starkes Echo.

3 *Erich Reigroitzki*: »Soziale Verflechtungen in der Bundesrepublik«, Tübingen 1956, S. 72.

4 *Schelsky*, a. a. O., S. 450 ff.

der Identifikation mit »Führungspersönlichkeiten« zu wenig Gelegenheit. Tatsächlich läßt sich feststellen, daß die Jugendlichen, aber nicht nur sie, politische Tasterände eher aus dem Umkreis ihrer persönlichen und zufälligen Erfahrung als etwa auf Grund sachlicher Argumente und Gegenargumente beurteilen. Studenten nehmen auch darin eine Sonderstellung ein. Sie verfügen gerade über das, im allgemeinen vermisse, Verständnis für die »abstrakte« Seite der Demokratie; über Einsicht gerade in die demokratischen Formalien, über eine ausgeprägte Kenntnis des staatlichen Apparates und seines funktionellen Ablaufes. Und zwar erstreckt sich ihre Informiertheit nicht nur auf die Umrisse des Systems sondern in gleichem Maße auf die Details. So war 59 Prozent der Studenten bekannt, daß der Bundesrat über die Annahme von Gesetzen mitemtscheidet; 51 Prozent von ihnen wußten, daß ein Gesetz erst mit der Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt rechtsgültig wird. Zwei Drittel der Studenten sind über die Möglichkeit informiert, daß auf Verlangen jedem Staatsbürger Einblick in die Haushaltspläne der Gemeinden gewährt wird.

Soweit Vergleichsmöglichkeiten bestehen, läßt sich erkennen, daß diese Apparatkenntnis bei Studenten erheblich besser ausgebildet ist als in der Gesamtbevölkerung. Nach einer Umfrage im Juni 1956 wußten nur 16 Prozent der Bevölkerung darüber Bescheid, daß ein Gesetz dreimal »gelesen« wird; von den befragten Studenten waren 71 Prozent darüber informiert. Weiter vernannten nur 34 Prozent der Gesamtbevölkerung die Frage, ob die Regierung Gesetze machen könne, wie sie wollte². Auf die Frage, wer über die Annahme eines Gesetzes entscheide, nannten hingegen 85 Prozent der Studenten den Bundestag und 59 Prozent Bundestag und Bundesrat zusammen; danach läßt es sich wohl vermuten, daß nur ein sehr kleiner Teil der Studenten die Frage des Allensbacher Instituts falsch beantwortet hätte.

Freilich nicht ebenso ausgeprägt wie das Apparatwissen ist die Kenntnis politischer Vorgänge und Tatsachen. Mehr als die Hälfte aller befragten Studenten rechnete Parteien zur Bonner Regierungskoalition, die damals in der Opposition standen. Zwar hatte sich kurze Zeit vor der Befragung die FDP gespalten, war ihr Stamm aus der Regierung ausgetreten; aber gerade dieses Ereignis war in der Presse monatelang diskutiert worden. 6 Prozent der Studenten wußten sogar

nicht, daß die CDU Regierungspartei ist; und nur ungefähr die Hälfte war über die Regierungsbeteiligung der Deutschen Partei informiert. Ähnlich verhält es sich mit Kenntnissen von der Zusammensetzung der Hessischen Landesregierung: 92 Prozent nannten die SPD, 35 Prozent den BHE, 12 Prozent falsche Parteien, 8 Prozent konnten keine Antwort geben.¹ Ein Vergleich mit Ergebnissen von Bevölkerungsumfragen zeigt, daß hier die Studenten gar nicht so viel besser informiert sind als die Allgemeinheit².

Tabelle 3:

	Studierende der Frankfurter Universität (Sommer 1957)	Gesamtbevölkerung? (Juni 1956)
	*Wie ist die Parteilugehörigkeit der Bundesminister? (171)	*Wissen Sie, welche Parteien z. Z. die Regierung in Bonn bilden? (ca. 2000)
	%	%
CDU/CSU	94	73
DP	54	26
FVP	41	10
FDP/DVP	36	36
BHE	26	21
SPD	11	20
KPD	—	1
Andere Parteien	—	3
Weiß nicht	5	27
	267	217

Wie wenig auch unter Studenten die eigentlich aktuellen politischen Ereignisse zur Notiz genommen werden, konnten wir an drei Themen prüfen, die seinerzeit im Vordergrund standen: nämlich an der Konjunkturpolitik, der Sozialreform mit dem Plan einer dynamischen Rente und der Hochschulreform. Über Konjunkturpolitik und dynamische Rente konnte ungefähr je ein Drittel, über Hochschulreform nur ein Viertel der Befragten richtige Angaben machen. Das erstaunt um so mehr, als doch angeblich vier Fünftel der Studenten täglich Zeitung lesen und drei Fünftel regelmäßig Radio hören. Obschon Studenten auch über tagesspolitische Themen besser informiert sind

1 Institut für Demoskopie: »Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1957«, a. a. O., S. 179. Die Formulierung der von dem Allensbacher Institut gestellten Frage erleichtert, im Vergleich zu unserer Fragestellung, die richtige Antwort.

2 A. a. O., S. 190.

1 Zur Zeit der Untersuchung waren in der Bundesregierung die CDU/CSU und DP/FVP, in der Hessischen Landesregierung die SPD und der BHE vertreten.

2 »Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1957«, a. a. O., S. 260.

als die Gesamtbewölkerung, ist gleichwohl bezeichnend, daß die Kenntnis der konkreten politischen Situation weniger ausgeprägt ist als die des formalen Apparates¹.

Daß mit dem höheren Informationsniveau, überhaupt der größeren Vertrautheit mit dem demokratischen Apparat geringerer Widerstand gegen das »System« als solches verbunden ist, leuchtet ein. Insofern hat schon die Informiertheit allein Einfluß auf die mehr oder weniger positive Einstellung zu den Grundlagen der Demokratie. So entscheiden sich von der gesamten Bevölkerung 76 Prozent gegen die Herrschaft einer einzigen Partei und für die Konkurrenz mehrerer Parteien². Dieser ohnehin hohe Prozentsatz wird bei unseren Befragten noch beträchtlich übertroffen: hier votieren 89 Prozent für mehrere Parteien, davon ungefähr ein Fünftel, und zwar spontan, für ein Zweiparteiensystem³.

Trotz aller Einschränkungen im einzelnen läßt sich zusammenfassend sagen, daß die Studenten zur Beteiligung am politischen Leben besser disponiert sind als die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit. Als eine Gruppe, die, auf einem hohen Informationsniveau und von beruflichen Ansprüchen noch weitgehend entlastet, einer bewußten Erziehungspflichtung zur Teilnahme am politischen Geschehen unterliegt, unterscheidet sie sich in politischer Handlungsbereitschaft und Kenntnis politischer Sachverhalte positiv von der Gesamtbewölkerung, und am meisten von ihren Altersgenossen. Denn gerade die Altersgruppe der 18- bis 29jährigen steht, nach den Ergebnissen aller einschlägigen Umfragen, auf der Skala politischer Beteiligung im Vergleich zu den anderen Altersgruppen ganz unten; vielfach erweisen

1 Freilich war nur auf einem der drei berührten Gebiete ein Vergleich mit Ergebnissen einer Bevölkerungsumfrage möglich. 71 Prozent der befragten Studenten hatten schon von der dynamischen Rente gehört, und immerhin 36 Prozent konnten richtige Angaben darüber machen, während das im Bevölkerungsdurchschnitt nur bei 28 Prozent bzw. 4 Prozent der Fall war. Die letzten Ziffern sind das Ergebnis einer Umfrage des Instituts für Demokratie vom September 1956. Allerdings wurde hier nach der »Produktivitätsrente« gefragt. Dies dürfte jedoch keinen wesentlichen Unterschied machen, da beide Begriffe ziemlich gleichmäßig in der öffentlichen Diskussion gebraucht wurden. »Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1957«, a. a. O., S. 97.

2 A. a. O., S. 259.

3 Nach einer differenzierten Auswertung des qualitativen Materials, aus Antworten zu mehreren Fragen, ergibt sich folgende Verteilung:

- 4 % sind der Meinung, daß die Parteien im Aufbau und Verhalten noch nicht demokratisch genug sind;
- 82 % halten (mehrere) Parteien für unbedingt notwendig;
- 3 % finden, daß Parteien ein notwendiges Übel sind;
- 2 % zweifeln an der Notwendigkeit der Parteien;
- 2 % wenden sich gegen Parteienwirtschaft im ganzen;
- 7 % konnten nicht eingestuft werden.

sich sogar die Frauen über 60, erfahrungsgemäß eine politisch sehr uninteressierte Gruppe, gemessen am Grad der Beteiligung, als »beser« denn die Jungen unter 30 Jahren¹.

Allein, wie »gut« sich die Gruppe der Studenten anderen Gruppen gegenüber auch ausnehmen mag, es zeigt sich schon im Rahmen derartiger formaler Kriterien die Problematik dessen, was wir mit »politischer Beteiligung« fassen möchten. Wenn die Mehrheit der Studenten einerseits über ein ausgezeichnetes Apparatuswissen verfügt, andererseits ungenügend über politische Tatsachen und aktuelle Ereignisse unterrichtet ist, dann wird fraglich, ob es, im Hinblick auf politische Beteiligung, mit den gruppenspezifischen Vorzügen der Studenten wirklich so gut bestellt ist; ob beispielsweise das Verständnis der »abstrakten« Elemente im politischen Geschehen wirklich das unmittelbar fördernde, was politische Beteiligung auszeichnet: ein kritisches, aber doch verbindliches Verhältnis zum konkreten politischen Fall; dazu die Leidenschaft, das, was richtig erscheint, auch gegen Widerstände durchzusetzen.

2. Zum Verhältnis von Aktivität, Informiertheit und politischer Beteiligung

Die generelle Frage nach »der« politischen Beteiligung ist ideologisch. Sie fingiert ein Normalverhalten, das formell ein bestimmtes Maß an politischem Verständnis und an Handlungsbereitschaft und damit die im demokratischen System vorgesehene Staatsbürgerfunktion erfüllt. Wir haben gezeigt, daß Demokratie heute ein System dieser Art nicht darstellt, vielmehr als Prozeß begriffen werden muß, in dem die Funktion der politischen Beteiligung nur material, durch das Ziel einer freien Gesellschaft bestimmt werden kann. Ein exemplarisches Verhalten, das sich in konkreter Situation an der Verwirklichung dieses Zieles bemißt, mußte zur Diskussion stehen, nicht ein »normales«, das sich situationsunabhängig auf gewisse Indizes, am Ende auf Aktivität und Information, beziehen läßt. Was heute als Beteiligung ausgegeben und gefordert wird, hat die Züge einer anthropologischen Konstante angenommen; es scheint so etwas wie »Beteiligung an sich« zu geben.

In Wahrheit ist deren stillschweigende Voraussetzung die Unversehrtheit liberaler Verhältnisse: als gäbe es noch so etwas wie eine intakte Öffentlichkeit, und ihr gegenüber eine Sphäre der persönlichen und beruflichen Selbstbestimmung; als gäbe es ferner noch die Trennung von öffentlichen und nichtöffentlichen Rollen; als wären immer noch

1 Vgl. Reigrotzki a. a. O., S. 58 ff.

Privatleute mit Staatsbürgerrollen Träger einer im Parlament zentrierten liberal-rechtsstaatlichen Ordnung; als gäbe es überhaupt noch in der Masse der zur politischen Mitbestimmung Zugelassenen freie Individuen der Art, daß sie in der selbständigen Ausübung ihrer täglichen Geschäfte lernten, was sie an objektiven Interessen politisch zu vertreten und durchzusetzen haben; mit einem Wort: als gäbe es eine autonome Willensbildung des wahlberechtigten Volkes als Legitimationsgrundlage der offiziellen politischen Entscheidungen. Der Begriff und das Ansinnen politischer Beteiligung orientieren sich insgeheim oder ausdrücklich an bürgerlichen Verhältnissen, wie sie für das frühe neunzehnte Jahrhundert in den USA und im westlichen Europa typisch gewesen sein mögen¹. Der Idealtypus solcher Verhältnisse rechnet damit, daß Bürger von Stand, diejenigen mit Besitz und Bildung, als Privatleute ein konkretes Bewußtsein ihrer Interessenlage erwarben und als Staatsbürger diese Interessen öffentlich vertraten, in der guten Überzeugung, durch Interessenkonkurrenz hier wie dort, auf dem Markt und im Parlament, dem allgemeinen Interesse der Nation zu dienen. Die politische Vertretung der Interessen konnte in einer an überschaubare kommunale Verhältnisse gebundenen Öffentlichkeit geschehen, die ein »Hervortreten« des Staatsbürgers aus seiner privaten Existenz noch ermöglichen mochte. So wenig wie die Öffentlichkeit erst hergestellt werden mußte — sie bestand in der vorwiegend kleinstädtischen Gemeinde der politischen Zentren mit den ihr eigentümlichen Formen sozialer Repräsentation —, so wenig mußte der Staatsbürger sich ein zusätzliches Verständnis erwerben und zusätzliche Handlungsbereitschaft aufbringen. Theorie und Praxis politischer Pädagogik erheben nun heute die beiden Momente, die der Staatsbürger gleichsam mitbrachte, Verständnis und Handlungsbereitschaft, im Zeichen einer jeweils hergestellten Öffentlichkeit, zu den staatsbürgerlichen Qualitäten der Informiertheit und Aktivität. Diese stellen so etwas wie Zummungen dar, jedenfalls etwas Zusätzliches, das zum täglichen Leben als eine Verpflichtung hinzutritt; als Verpflichtung um so mehr, je weniger man eigentlich seine Notwendigkeit handgreiflich vor Augen hat. Auch objektiv werden diese Momente unwesentlich, wo sich das politische Geschehen im ganzen und großen dem Eingriff der Staatsbürger nicht eigentlich stellt, vielmehr in eine Zone der Unberührbarkeit zurückzieht; wo es sich andererseits in seinen Einzelheiten als Organisationsablauf von mehr oder weniger komplizierten Apparaten dar-

stellt. Um der Politik selber, in dieser Gestalt, gerecht zu werden, müssen sich die Information und die Aktivität des durchschnittlichen Staatsbürgers auf ganz verschiedene Ebenen beziehen; beide Momente müssen geradezu auseinanderfallen, damit sie im Gegenstand zusammenfinden können¹.

Wenn das nicht gelingt, wenn im Verhalten vielmehr eines dieser Momente sich verselbständigt oder über die gebotene Verselbständigung zu weit hinausgeht, zeichnen sich folgende Typen ab: auf der einen Seite der, welcher sich mit Energie auf die Bedeutung von Apparaten wirft. Seine Extreme sind die Geschäftshaber im Politischen, Tagungsteilnehmer von Profession. Im Bereich der Universität begegnet er zuweilen in den Selbstverwaltungsorganen und in politischen Studentengruppen, aber nicht nur dort. Er hat etwas vom zu früh Erwachsenen, halb spielt er den Manager, halb schon ist er selbst. Auf der anderen Seite steht ein Typ, der Informationen häuft und weitergibt, der sich kenntnisreich in der politischen Materie und hinter den Kulissen umtut, sich in Ruhe das aneignet, wozu der andere im Betrieb keine Zeit findet. Alles in allem ein Bescheidwisser, der es freilich beim Wissen eigentümlich folgenlos bewenden läßt. Die amerikanische Gestalt dieses Typs hat Riesman als den inside-dopester beschrieben. Die beiden Typen, deren einer die Aktivität, deren anderer die Information zum Feitsch macht, sind in dieser Überspitzung nicht etwa für die Masse unserer Befragten bezeichnend; sie veranschaulichen jedoch, wie gefährlich unter den gegenwärtigen Umständen ein gerader Schluß von Aktivität und Informiertheit auf die politische Beteiligung selber trügen kann.

Die Frage nach der politischen Beteiligung, naiv gestellt, läuft Gefahr, die Mündigkeit der Staatsbürger einfach vorauszusetzen und die objektive Möglichkeit zu unterstellen, daß sie sich aufgeklärt verhalten und ihre politischen Entscheidungen wirksam durchsetzen könnten. Für die große Masse der nach dem Gesetz zur politischen Mitbestimmung zugelassenen Staatsbürger ist beides fragwürdig. Die Frage nach der politischen Beteiligung angemessen stellen, heißt darum, von der Ebene isolierter Verhaltensaufforderungen, in denen sich Beteiligung objektiviert, auf die Ebene der Haltung zurückgehen, in der eine nicht mehr in den Handlungen sich umsetzende Beteiligung am politischen Leben ihren Ausdruck findet. Wir nennen diese Haltung den politischen Habitus. Er ist Ausdruck nicht so sehr von Handlungen als von Impulsen, nicht so sehr von Vorstellungen als von Zügen einer Mentalität.

¹ Vgl. *Riesman and Glazer: »Criteria for Political Apathy«*, in: »Studies in Leadership«, hrsg. von A. W. Gouldner, New York 1950. Dazu auch *Wjthelm Hermitz: »Das Modell des Bürgers«*, in: »Gesellschaft, Staat, Erziehung«, Jg. II, 1957, Heft 7.

Schelsky versucht in der »unpolitisch-demokratischen« Haltung der »skeptischen Generation« einen solchen Habitus zu fassen¹. Diese Jugendlichen hätten keinen antidemokratischen Affekt ausgebildet, aber ihre Zustimmung zur Demokratie beruhe keineswegs auf Einsicht in das politische System, viel eher auf vorpolitischen Erfahrungen und Wünschen: man möchte tun und lassen können, was man will; gleichzeitig soll der Staat Ruhe und Ordnung aufrechterhalten. Der Wunsch nach persönlicher Bewegungsfreiheit und einer gewissen Sicherheit in der privaten Lebenserwartung präge konformistische Indifferenz gegenüber der Öffentlichkeit, deren politischen Ansprüchen man sich, so weit eben möglich, entzieht. Das abstrakte System versage sich den »Vertrauensansprüchen« und dem »Symbolbedürfnis« der Jugendlichen, ihrem Verlangen nach Personalisierung und persönlicher Autorität. Die gesamte Sphäre ver falle darum leicht einem moralischen Verdikt; und das um so eher, als man geneigt ist, das Verhalten der Politik unvermittelt an den sittlichen Maßstäben des persönlichen Lebensbereiches zu messen. Dieser vorpolitischen Haltung gegenüber der Politik entspreche andererseits eine konkretistische Verbrauchhaltung gegenüber dem Staat und seinen Einrichtungen. Die Jugendlichen bedienen sich der Sozialapparatur mit einem gewissen Schätungsverständnis. In alledem glaubt Schelsky die »Vertrau-
derstrukturen« wiederzuerkennen, die sich auf alle Lebensgebiete, eben auch auf die Politik, ausdehnen: man läßt sich etwas bieten, man entlastet sich von Anstrengungen, für die ja die »Angebotsträger« von Berufs wegen da sind.

Schelsky nennt diesen Typ der indifferent-autoritären Jugendlichen, ein wenig euphemistisch, unpolitisch-demokratisch. Obwohl er den Habitus vornehmlich an Material entwickelt, das aus Untersuchungen über arbeitslose Jugendliche aus dem Jahre 1951 stammt², steht er in ihm den dominanten Typ politischen Verhaltens in der deutschen Jugend überhaupt. Er erwähnt zwar eine Minderheit »Aufgeschlossener«; läßt es aber bei dieser Nennung bewenden, denn der Anteil dieses Typs werde fast immer überschätzt. Abgesehen davon nun, daß die Formen des politischen Habitus unter Jugendlichen weitaus differenzierter sind und zu einem einzigen Typus kaum zusammengezogen werden dürften, interessiert uns hier vor allem: daß mit Gewißheit das politische Verhalten von Studenten diesem Habitus nicht zugerechnet werden darf. Denn die Jugendlichen Schelskys teilen keinen einzigen der drei für Studenten grup-

penpezifischen Vorzüge, die wir im vorigen Abschnitt kurz entwickelt haben. Studenten entfalten auf hohem Informationsniveau in ihrer Mehrheit Verständnis für die Formalien der demokratischen Staatsapparatur; sie sind von beruflichen Interessen weitgehend entlastet und nicht gewohnt, Politisches aus dem Umkreis des Berufs (und der Familie) »vorpolitisch« zu beurteilen; und schließlich sind sie einem stetigen Erziehungsschritt unterworfen und verfügen daher, im Gegensatz zu den übrigen Altersgenossen, über ein gewisses Gefühl der Verpflichtung zur Teilnahme am politischen Leben, auch und gerade da noch, wo sie sich dem entziehen. Das kompliziert ihre Lage. Zwar sind für sie wie für alle übrigen Bürger die Chancen des effektiven politischen Einsatzes gering, aber die genannten spezifischen Züge haben doch zur Folge, daß sich bei ihnen die Barrieren, die der politischen Beteiligung gezogen sind, psychologisch nicht überwindend in Zensuren einer konformistischen Indifferenz oder einer apathischen Konsumentenhaltung umsetzen. Gerade bei Studenten darf, wenn überhaupt irgendwo, vermutet werden, daß sie sich an den Schranken, die objektiv ihrer Bereitschaft zur politischen Beteiligung gesetzt sind, stoßen. Eine Verwandtschaft mit dem Typus des unpolitischen Zustimmenden läßt sich darum nur bei der relativ kleinen Gruppe von Studenten feststellen, die wir im strengen Sinn den Unpolitischen zurechnen.

Es gelang uns, hauptsächlich sechs Typen des politischen Habitus zu differenzieren. Wenn man sie auf einer Skala anordnet, stehen auf der einen Seite Unpolitische und irrational Distanzierte; die rational Distanzierten und naiven Staatsbürger nehmen eine vermittelnde Stellung ein; auf der anderen Seite stehen reflektierte Staatsbürger und Engagierte. Freilich mußte, um die politische Haltung der Studenten (»Beteiligung«) typologisch genau erfassen zu können, die Kategorie des Habitus operationell bestimmt und systematisch gehandhabt werden.

Der Habitus ist eine beschreibende Kategorie und keine erklärende. Habitus Typen sind Phänotypen, die vor aller psychologischen und soziologischen Erklärung registrieren, bloß abbilden¹. Ferner trifft diese Kategorie nicht Beliebiges und Flüchtigendes, sondern Züge, die sich

¹ Grundsätzlich anderer Provenienz und nicht mit unserer Kategorie des Habitus Typs vergleichbar ist der Begriff des Charaktertyps, wie ihn ältere Beiträge zur politischen Psychologie einführen (vgl. Fritz Künkel: »Grundzüge der politischen Charakterkunde«, Berlin 1931; Richard Behrend: »Politischer Aktivismus / Ein Versuch zur Soziologie und Psychologie der Politik«, Leipzig 1932). Auch die Arbeiten von W. H. R. Rivers (»Psychology and Politics«, London 1923), Graham Wallas (»Human Nature in Politics«, 3. Aufl. London 1929) und W. B. Munro (»Personality in Politics / A Study of Three Types in American Public Life«, New York 1934) orientieren sich im wesentlichen an den Modellen

¹ Schelsky, a. a. O., S. 450 ff.

² Helmut Schelsky: »Arbeitslosigkeit und Berufsmot der Jugend«, 2 Bde., Köln 1952.

sedimentiert haben. Schließlich ist der Habitus gegenüber allen bestimmten Vorstellungsinhalten, die im Rahmen des politischen Bereichs spielen, auch gegenüber politischen »Richtungen«, zunächst neutral. Er soll nicht politische Vorstellungen und Entscheidungen im einzelnen, vielmehr das Verhältnis der Befragten zur Öffentlichkeit im ganzen, zur politischen Sphäre als solcher fassen.

Zur Einführung muß ein kurzer Überblick über die Dimensionen, nach denen das Material zur Feststellung des Habitus aufbereitet wurde, genügen. Zunächst handelt es sich dabei um den *Stellenwert*

der klassischen Charakterologie und bestimmen den »politischen Charakter« eines Menschen als Ausdruck seiner Gesamtpersönlichkeit. So spricht Alport die Überzeugung aus, »that the political nature of a man is indistinguishable from his personality as a whole... A man's political opinions reflect the characteristic mode of his adjustment to life« (Gordon W. Allport: »The Composition of Political Attitudes«, in: »American Journal of Sociology«, Vol. XXXV, 1929/30, S. 238). Demgegenüber wurde vor allem von Laswell, unter behavioristischen Gesichtspunkten der neueren Psychologie, die Rolle der »attitude groups« im öffentlichen Bereich hervorgehoben: »Social developments may be seen with reference to their effect upon attitude groups. Though closely related to other frames of reference, attitude groups cut across all of them. The most diverse personality types may share the same nationalistic loyalty; the most similar personality types may be separated by class loyalties. Men whose skill is violence may be very group-conscious and politically assertive; men whose skill is engineering are notably less active in politics...« (Harold D. Lasswell: »The Political Writings«, Glencoe/ Ill. 1951: »Politics / Who Gets What, When, How«, S. 453).

Empirische Untersuchungen über das politische Verhalten von Individuen oder Gruppen ersetzen weitgehend den Begriff des »politischen Charakters« durch den der Identifikation mit bestimmten, durch die jeweilige gesellschaftliche Situation vorgeformten Verhaltensmustern. »Research in political behavior is based on the assumption that the political process is characterized by the ceaseless interaction of two major types of determinants: those »situational« factors which shape political activity irrespective of the personalities, motivations or perceptions of the participants; and those »psychological« factors which relate political activity to the motives, attitudes, or expectations of the political actors. It is the task of political behavior research to investigate the inter-penetration of specific situational and behavioral data in terms of empirically-oriented theory.« (Heinz Eulau: »Identification with Class and Political Role Behavior«, in: »Public Opinion Quarterly«, Vol. XX, 1956, S. 515. Vgl. auch Avery Leiserson: »Problems of Methodology in Political Research«, in: »Political Science Quarterly«, Vol. LXVIII, 1953, S. 558 ff., und David Easton: »The Political System«, New York 1953, S. 149 ff.) Ein Versuch auf dieser Basis, der mit unserem eigenen eine gewisse Verwandtschaft hat, ist von D. Riesman und N. Glazer (»Criteria for Political Apathy«, in: »Studies in Leadership«, a. a. O.) unternommen worden.

Ihrem deskriptiven Charakter entsprechend gehen allerdings in die Habituskategorien beide »types of determinants«, sowohl psychologische als soziologische Faktoren ein, ohne daß sie als solche zunächst erkennbar wären. Die Beziehungen der Habitus Typen zu den Daten der Lebensgeschichte und der sozialen Herkunft werden auf dem Korrelationswege hergestellt.

Andererseits erlaubt das Material nicht Beziehungen zu psychoanalytisch gewonnenen sozialen Charakteren vom Typ der autoritären Persönlichkeit (vgl. T. W. Adorno et al.: »The Authoritarian Personality«, New York 1950). Unter Instrument des gleichen Gesprächs ist mit den dort verwendeten Instrumenten des Tiefeninterviews nicht zu vergleichen. (Vgl. »Bemerkungen zur Forschungstechnik«, unten S. 291 ff.)

der Politik¹, der sich gleichsam am Abstand des persönlichen Lebensbereichs von der politischen Sphäre bemißt. Den größten Abstand hält die *Fremdheit gegenüber dem öffentlichen Bereich*, wobei der Befragte entweder vom politischen Geschehen unberührt bleibt oder aber von ihm sich erstreckt fühlt. In beiden Fällen steht Politik ganz außerhalb des Interessenhorizonts – dort aus Ahnungslosigkeit, hier mit einem Unterton der Ungewißheit, ja Hilflosigkeit gegenüber dem »ganz anderen«, als das sich die Öffentlichkeit darstellt. Wo hingegen eine ausdrückliche *Distanzierung zum öffentlichen Bereich* vorliegt, werden gewisse Funktionen der Politik durchschaut. Man hält sich ihr gegenüber freilich für inkompetent; die Abgeschlossenheit des eigenen Lebenskreises tritt bewußt hervor. Davon unterscheiden wir dann die *Scheinnegration in den öffentlichen Bereich*. Hier widersprechen sich der tatsächliche Stellenwert der Politik und das Bewußtsein, das der Befragte davon hat. Subjektiv fühlen sich viele Studenten nicht distanziert, objektiv sind sie es dennoch: Politik und eigene Lebensgeschichte sind nicht eigentlich vermittelt, obwohl man sich selbst für einen »guten Staatsbürger« hält. Von *staatsbürgerlicher Integration in den öffentlichen Bereich* sprechen wir aber erst dort, wo die Bedeutung politischer Ereignisse, in einem hoch interdependenten System wie dem unsrigen, für den persönlichen Lebensbereich erkannt und auch anerkannt wird. Gleichwohl ist das politische Interesse nicht irgend dominant. Der Lebenshaushalt bleibt durchaus privat orientiert, steht aber in Einklang mit der Rolle eines Staatsbürgers. *Identifikation mit dem öffentlichen Bereich* ist dann gegeben, wenn der Stellenwert der Politik im »Lebenshaushalt« des Befragten zentral ist. Entweder ergibt sich das Interesse an Politischen aus einem allgemeineren Engagement, etwa philosophischen oder pädagogischen oder literarischen Interessen; oder aber der Interessenhorizont wird von ihm unmittelbar beherrscht: der Zusammenhang von eigener Lebensgeschichte und öffentlichem Geschehen erscheint dann unter genuin politischen Kategorien.

Die zweite Dimension erstreckt sich auf die *Ersehnungsform des Politischen*, die Physiognomie sozusagen, die die politische Sphäre jeweils annimmt. Politik erscheint entweder als *Sphäre des Uneigentlichen*, eine schmutzige Sache, moralisch oder ästhetisch verwerflich; oder sie erscheint als *Sphäre der anonymen Autorität*, der man zugleich mißtraut und sich unterwirft, eine Gewalt, die nicht so recht

¹ Hervorgehoben sind die Kategorien, nach denen das Material geordnet worden ist. Wie das Material selbst ermittelt worden ist, wird am Beispiel der Indifferenzen unten S. 75 ff. in extenso vorgeführt. Zur Konstruktion der Typen vgl. im übrigen »Bemerkungen zur Forschungstechnik«, unten S. 293 ff.

zu durchschauen ist, die aber Ordnung schafft; anderen erscheint Politik als *Sphäre vertrauenswürdiger Fürsorge*, verantwortliche Männer holen für die Allgemeinheit stets das Beste heraus; oder sie trägt den Charakter einer *staat:männischen Ordnung*, dabei liegt der Ton auf »großer Politik«; wieder anderen erscheint Politik als *rationale Verwaltung*, nach dem Vorbild wissenschaftlicher Betriebsführung und rationaler Bürokratie; oder auch als *Sphäre des Machi- und Interessenausgleichs*, das Ganze ein Geschäft, das man »realistisch« einzuschätzen hat. Schließlich kann Politik auch als *Sphäre des Politischen* im eigentlichen Sinne begriffen werden, in der riskant über Wohl und Wehe der Gesellschaft im ganzen entschieden wird; Politik ist dann nicht mehr der formal identische Konflikt je wechselnder Interessen, sondern Auseinandersetzung um »geschiedliche« Fragen von großer Tragweite.

Als weitere Dimension geht in die Kategorie des Habitus der *Grad der Handlungsbereitschaft* ein (wir haben nach: *mangelnder Bereitschaft, Bereitschaft zu staatsbürgerlicher Teilnahme am politischen Leben, latent und aktueller Dauerbereitschaft* unterschieden); und endlich die »Rolle« *eigener politischer Initiative*: entweder hält man sich für einen »kleinen Mann«, den *Paria*, der schicksalhaft von aller wirksamen Initiative ausgeschlossen ist; oder man teilt die *legalistische Konzeption* der verbürgten staatsbürgerlichen Rechte; andere haben eher die Vorstellung vom *Protagonisten*, der Massen in Bewegung setzt; wiederum andere denken an *solidarische Aktionen* oder halten sich an die Tatsache, daß politischer Einfluß unter den gegenwärtigen Verhältnissen nurmehr über *große Organisationen*, vorab über Parteien ausgeübt werden kann.

Ein Vergleich der vier Dimensionen ergab nun jeweils Häufungen von Kategorien, die sich zu einem anschaulichen Zusammenhang verdichteten. Aus der Fülle möglicher Verbindungsfäden schürzen sich die Knoten zu eben jener Reihe von Typen des politischen Habitus, die sich auf unsere 171 Befragten wie folgt verteilen:

13 %	Unpolitische
11 %	Irrational Distanzierte
19 %	Rational Distanzierte
19 %	Naive Staatsbürger
29 %	Reflektierte Staatsbürger
9 %	Engagierte
100 %	

Nach dieser vorläufigen Einführung sollen die Typen selber durch eine anschauliche Darstellung ausgewiesen werden.

II. Typen des politischen Habitus

1. Die Unpolitischen

Unter den politisch indifferenten Studierenden, vornehmlich *Studentinnen*, sind, wie ein grober quantitativer Vergleich mit der Zusammensetzung anderer Habitusgruppen zeigt, mehr die jungen Jahrgänge und auch die jungen Semester anzutreffen.

Den Eindruck, daß, alles in allem, Züge einer gewissen Ummündigung für diese Gruppe typisch sind, daß die jugendlichen Abhängigkeitsverhältnisse bei ihr stärker ausgeprägt sind als bei anderen Gruppen, bestätigt der sorgfältig untersuchte Familienhintergrund: die Befragten dieses Typs berichten überwiegend von einem integrierten Familienleben¹. Nicht als ob hier der Vater autoritär dominierte. Das Verhältnis zu den Eltern ist eher unkompliziert, getragen von der selbstverständlichen Anerkennung einer »natürlichen« Autorität der Älteren und Erfahreneren. Man ist noch nicht aus dem Elternhaus herausgewachsen. Persönliche Dinge, so gut wie alle Entscheidungen werden »meistens« und »selbstverständlich« besprochen:

»Ich bin Vater gegenüber ganz offen. Wir sprechen über alles.« Auch wenn die häuslichen Gespräche mehr sachliche Themen umfassen, bleibt das grundsätzliche Vertrauensverhältnis spürbar. Schwierigkeiten werden gar nicht oder selten empfunden. Gelegentliche Spannungen sind »nicht ernsthafter Natur«, sie werden freundschaftlich gelöst. Unterschiede zwischen Generationen werden hingenommen, gehören gleichsam dazu: »Der Vater ist ein bißchen konventioneller und ich ein bißchen moderner.« — Entsprechend unkompliziert ist das Verhältnis zur Kirche. Eine besondere Auseinandersetzung oder Beschäftigung mit der religiösen Tradition wird nicht ersichtlich — man gehört eben zur Kirche. Der Kirchenbesuch ist ziemlich regelmäßig. Einige gehen »manchmal« zur evangelischen Studentengemeinde oder zum Jugendkreis, weil man noch von früher darin ist: »Wurde mehr oder weniger Überzeugung, und weil man universell was geboten bekam.« Im ganzen herrscht der Konventionalismus, den solche Formulierungen verraten. Kritik betrifft nicht Inhalte des Glaubens sondern sogenannte Nebenerscheinungen. — Dieses Bild einer behüteten

¹ Der ideologische Charakter von Aussagen dieses Typs ist, an anderem Material, näher untersucht worden in T. W. Adorno et al.: »The Authoritarian Personality«, 1. u. 2. O., S. 338 ff.

Situation, in der sich freundliche Unverbindlichkeit und sorglose Anpassung aus einmal Gegebenem ausbilden oder wenigstens durchhalten können, wird schließlich durch die Tatsache ergänzt, daß Berufserfahrungen unter Befragten dieses Typs am wenigsten verbreitet sind; ebenso wenig verfügen sie über Erfahrung im Umgang mit Arbeitern. Überhaupt scheinen die meisten noch vom *Zusammenstoß* mit der »rauen Wirklichkeit« bewahrt worden zu sein. So viel zum lebensgeschichtlichen Rahmen, in dem sich der Habitus der politischen Indifferenz vorwiegend entfaltet.

Weiters schwieriger ist der Habitus selber zu greifen. Und zwar deshalb, weil politische Indifferenz sich negativ, durch Ausfallserscheinungen gleichsam, bestimmt. Es läßt sich eher angeben, was den Unpolitischen fehlt, als das, was sie positiv auszeichnet. Nicht einmal in ihrer Art der Negation des öffentlichen Bereichs steckt das Moment zielbewußter Ablehnung, das sie zur ausdrücklichen Negation macht. Der Indifferenz sieht man keinerlei Abwehr an, die wüßte, wenn sie den Rücken kehrt; sie gewinnt vielmehr ihre Physiognomie aus dem, was zurückbleibt, wenn eine Zuwendung zur Politik fehlt. Darum scheint es für diesen Typ mehr als für die anderen geraten, ihn entlang des Weges vorzuführen, auf dem wir ihn ermittelt haben. Das Interview lenkt nach einer kurzen Förderung der Studienmotive und der bevorzugten Schulfächer zunächst das Gespräch auf den Sozialkundeunterricht¹. Bereits auf diesen ersten politischen Reiz reagieren die Indifferenten abweisend. Die Frage, worin denn dieser Unterricht bestand, setzt sie in Verlegenheit. Ein Teil kann sich gar nicht mehr recht erinnern: »Verfassungsdinge, Banken und so — halt so.« Die vagen Angaben

meistens über das jeweils Aktuelle — ich glaube, wir stellen Fragen, die uns interessieren, und darüber sprachen wir. (*Betriebswirtin*, 3. Sem., Int. 134)

oder auch schlicht: »Gegenwartsprobleme« spiegeln gewiß nicht nur eine schlechte Durchführung des Unterrichts sondern vor allem Gleichgültigkeit gegenüber dem Stoff. Manche der Befragten machen sich da gar nichts vor:

Ich interessiert mich nicht für Politik, deshalb war dieser Unterricht für mich etwas langweilig. Habe mich nicht besonders beteiligt. (*Philologin*, 3. Sem., Int. 56)

Eine Befragte, die Lehrerin werden will und selbst keinen Sozialkundeunterricht hatte, verheißt ihre Hilflosigkeit nicht und bitter den

¹ Nur 12 Prozent der Befragten hatten keinen Sozialkundeunterricht auf der Schule. Zum Einfluß des Sozialkundeunterrichts auf das politische Bewußtsein der Studenten vgl. zusammenfassend unten, S. 267 ff.

Interviewer, ihr doch zu sagen, worum es denn in diesem Fach überhaupt geht.

Ich kann mir überhaupt nichts darunter vorstellen. Ich muß das als Lehrer ja auch machen und weiß gar nicht, was ich da tun soll. (*Philologin*, 10. Sem., Int. 115)

Im Zusammenhang mit dieser Äußerung findet sich ein Topos, der es den Indifferenten erleichtert, ihre politische Abstinenz, die sie trotz allem als einen Mangel empfinden, zu rationalisieren: das viele »Gerede« führe zu nichts »Positivem«. So begründet eine dieser Indifferenten auch ihre Nichtzugehörigkeit zu einer politischen Studentengruppe:

Es wurde zuviel geredet, und sehr viel um nichts geredet. Es ist nichts Positives. Es hat irgendwie keinen Sinn, man redet und redet, und es kommt nichts dabei heraus. Sowas hasse ich. (*Philologin*, 3. Sem., Int. 56)

Das Argument, das hier gegen die Beschäftigung mit Politik überhaupt verwendet wird (*das artet leicht aus zu allgemeiner Unterhaltung und Geschwätz*), entspringt bekanntlich einer Tradition, die sich besonders während der zwanziger Jahre in der Kritik am Parlamentarismus entfaltete. Es bringt das Geschwätz der Vielen zur entschlossenen Tat des Einen in wirksamen Gegensatz; hinterläßt noch seine Spuren im Stereotyp vom Parlament als einer »Quasselbude« und wendet das wahre Moment der Einsicht in das Dilemma der demokratischen Willensbildung unter heutigen Umständen nur zu leicht gegen Demokratie im ganzen.

Die Befragten dieses Typs kommen übrigens spontan nicht auf Politik zu sprechen. Der Interviewer vermeidet im ersten Drittel des Gesprächs jede direkte Frage nach Politik, Politischem überhaupt; bietet aber dafür sechs »Gelegenheiten«, die es nahelegen, »spontan« Politik zu erwähnen¹. Von den 22 Indifferenten reagieren auf diese indirekten Reize 16 gar nicht, die anderen gehen jeweils auf eine der geborenen Gelegenheiten ein, aber auch dann zumeist einschränkend. Die erste direkte Erkundigung nach Politik kommt für die Befragten überraschend. Am Ende des Komplexes, der sich auf das Gesellschaftsbild der Befragten bezieht, nimmt das Gespräch eine etwas »totalitäre« Wendung mit der Frage: »Kann man eigentlich die Welt verbessern; glauben Sie, daß alle Menschen glücklich und ohne Not leben könnten, oder wird es, wie die Menschen nun mal beschaffen sind,

¹ Solche »Gelegenheiten« bieten sich bei den Fragen nach den bevorzugten Schulfächern, den Unterhaltungen in der Klasse, den Interessen außerhalb des Fachegebiets, bei Fragen nach der Lektüre, nach den Unterhaltungen im Bekanntenkreis und den Gesprächen mit dem Vater.

im Grunde immer bleiben wie jetzt?, um dann vom abstrakten Allgemeinen unvermittelt aufs abstrakte Besondere zurückzulenken: »Im Grunde wollen wir doch alle anständig leben. Was ist dann dabei für Sie am wichtigsten?« Der Sinn von »anständig« bleibt offen; die Studenten können die Frage wörtlich nehmen und sie aufs anständige, aufs gute, sittlich einwandfreie Leben beziehen; sie können auch so gleich ans Zutreffkommen im weiteren, oder aus Auskommen im handgreiflichen Sinne denken. Manche bemerken den Doppelton so fort:

Anständig leben — meinen Sie: Geld haben oder anständig sein? (*Philologin, 3. Sem., Int. 56*)

Wie meinen Sie anständig, im wirtschaftlichen Sinn? Geld spielt für mich keine so große Rolle, ich habe andere Interessen... ich mache ab und zu Musik, und wenn ich meinen Freundeskreis habe, bin ich zufrieden. (*Philologin, 6. Sem., Int. 77*)

Andere reagieren auf die Frage eindeutig. Und zwar entweder praktisch:

Wahrscheinlich mußte man antworten: finanzielle Sicherheit. (*Betriebswirtin, 3. Sem., Int. 134*)

Eine schöne Wohnung, genügend zu essen, genügend Freizeit, das ist wohl das, worauf es ankommt. (*Betriebswirt, 5. Sem., Int. 164*) oder mit einem, teils eingelernten, teils wirklich geübten »Idealismus«:

Das Wichtigste ist die ethische Grundhaltung, das gilt ganz allgemein. (*Philologe, 1. Sem., Int. 106*)

... daß ich Zeit habe, mich selbst zu besinnen. (*Medizinerin, 5. Sem., Int. 95*)

Es gehört ein starker Charakter dazu und ein bißchen Glück auch. (*Philologin, 10. Sem., Int. 115*)

... daß man Humanität ausübt, den anderen achtet, eben nach dem Guten strebt. (*Medizinerin, 1. Sem., Int. 16*)

Alle Unpolitischen beantworten die Frage nach dem »anständigen« Leben im Horizont ihrer Privatsphäre. Das versteht sich nicht von selbst, denn gerade der »harte« Übergang des Interviews von der Weltverbesserung zu den persönlichsten Interessen könnte dazu anhalten, das eigene Lebenssthema dem umfassenden Thema der Weltläufe, der Geschichte der Menschheit, der Gesellschaft, des Volkes, was immer sonst zur Sprache kommt, einzuordnen oder doch beides in Beziehung zu setzen. Es liegt ja nahe, der unvermittelten Folge der Fragen mit gewissen Vermittlungen zu begegnen. Das Interview gibt die Möglichkeit, gerade den Schnitt als Montage zu behandeln und den ausgelassenen Zusammenhang zu ergänzen. Die Befragten dieses Typs sind hingegen froh, von der Abstraktionsebene der Welt-

verbesserung und der Gesellschaft im ganzen entlassen zu werden und auf die zurückkehren zu dürfen, auf der sie zu Hause sind.

Wie sehr für diese Befragten *Politik einen bloß äußerlichen Stellenwert* hat; wie sehr die beiden Bereiche, der persönliche und der öffentliche, dichtomisch auseinanderfallen; wie eigentlich nur der eine als die Bühne des Lebens, des eigenen Lebens, und der andere als etwas hinter den Kulissen, jedenfalls als fremd, unzugänglich und auch gleichgültig unterstellt wird, spiegelt sich in den einhelligen Reaktionen auf die anschließenden Fragen: »Woran liegt es denn eigentlich, daß es Schwierigkeiten macht, das (nämlich anständig zu leben) zu erreichen?« — »Wie kann man sich dabei helfen?« — »Kann einem dabei die Politik helfen?« Die Anschauung der Indifferenzen haftet so sehr am Persönlichen, daß jetzt, wo ausdrücklich nach den Vermittlungen des persönlichen und des öffentlichen Bereichs gefragt wird, der Bruch zwischen beiden als ein Bruch im »Lebenshaushalt« der Befragten selber offen herauskommt. Denn die letzte Frage, ob einem Politik »dabei« helfen könne, quittieren sie ausnahmslos mit Ersinnen und Ablehnung:

Das wird ja jetzt immer schwieriger. Ich glaube nicht, daß da Politik irgendeinen Einfluß hat. (*Medizinerin, 3. Sem., Int. 148*)

Mir nicht! Ich habe mich noch nie damit befaßt, ich interessiere mich überhaupt nicht dafür. (*Philologin, 10. Sem., Int. 115*)

Was mit Politik zusammenhängt, ist mir unsympathisch. (*Nach mehrmaligem Nachfragen endlich zaghaft*) Ja. (*Wodurch kann sie helfen?*) Das hat mir noch gefehlt. (*Pause*) Das weiß ich nicht... (*Pharmazeutin, 6. Sem., Int. 55*)

Wo das »anständige« Leben pragmatisch auf Beruf und Familie abgestellt wird, erscheint Politik höchstens für den nützlich, der etwa durch Parteizugehörigkeit seiner Karriere nachhelfen möchte:

Ich glaube schon, aber das ist alles nicht auf mich bezogen — indem man Mitglied einer Organisation wird und dadurch etwas gefördert wird. (*Mediziner, 1. Sem., Int. 133*)

Anderen erscheint die Politik fürs eigene Durchkommen gerade deshalb engherbig, weil ihnen die politischen Funktionen von den privaten ganz getrennt erscheinen:

Um weiterzukommen? Solange wir in einer Demokratie sind, sich die Persönlichkeit entfalten kann, da muß er ja so sein Ziel erreichen können. (*Betriebswirt, 5. Sem., Int. 164*)

Wo dagegen das »anständige« Leben im Sinne des Geistigen und des sittlich Guten verstanden wird, erscheint die Politik dem Anspruch der Anständigkeit hoffnungslos äußerlich:

Das kann ich mir nicht vorstellen, weil doch Politik zu wenig den einzelnen Menschen erfährt. (*Musikwissenschaftlerin, 2. Sem., Int. 132*)

Hier wird ausgesprochen, was die Stellung der Unpolitischen zur Öffentlichkeit schlechthin auszeichnet: da draußen geht etwas vor sich, was zwar ein Sektor des Lebens sein mag, aber er berührt nicht das Leben, auf das es ankommt. Politik kann nicht helfen, weil sie sich den Maßstäben der Innerlichkeit nicht fügt. Sie kann höchstens helfen, den Charakter zu verderben; die Politik ist nur da, um mich zu ärgern. (*Philologin*, 6. Sem., Int. 77)

Die Indifferenz dieser Befragten gegenüber dem öffentlichen Bereich wiederholt sich auch da, wo Politik nicht mehr in einem vagen »überhaupt« verschwimmt, sondern vielmehr die konkrete Gestalt einer Staatsform, wie etwa der Diktatur, annimmt. Die Frage: »Würde sich für Sie persönlich viel ändern, wenn wir hier eine Diktatur hätten?« wird von fast allen Befragten dieses Typs vereint; auf die nachstoßende Frage: »Glauben Sie, daß die Form des Staates, in dem man lebt, für das Leben des einzelnen nicht so wichtig ist?« erklären sie die Staatsform für nicht so bedeutungsvoll. Die übrigen machen den Vorbehalt, daß es immer darauf ankomme, wer diktiert; es gäbe da halt Unterschiede. Und diejenigen, die sich durch Unentschiedenheit der Antwort entziehen wollen, gesehen am Ende doch, daß sie persönlich natürlich nicht betroffen würden. Man hat wohl schon davon gehört, daß totalitäre Regimes die Privatsphäre liquidieren, aber diese Kenntnis bleibt folgenlos. So etwa spricht eine Studentin ausführlich über die Repression unter einem totalitären Regime:

Das zeigen doch die Beispiele aus der Geschichte, auch die Ostzone, daß der einzelne da kein Recht hat. Er wird von einem engen Standpunkt aus bestimmt und der einzelne kann nichts dagegen machen. Seine persönliche Freiheit wird beschnitten, und er wird noch mehr in die Masse gestoßen und er muß immer in das selbe Horn tuten, ohne daß er es wirklich wollte. Bei der Diktatur ist das doch so. (*Musikwissenschaftlerin*, 2. Sem., Int. 132)

Man sollte denken, daß sich aus dieser genauen Beschreibung die Folgen der Diktatur für das persönliche Lebensschicksal von selbst ergäben; aber, wie wenn zwischen dem einen und dem anderen die Leitung unterbrochen wäre, stellt sich die Befragte taub bei der Aufforderung, das auf allgemeiner Ebene Erörterte nun auch auf sich selber anzuwenden; denn auf die eindringliche Erkundigung, was sich denn für sie selber ändern würde, winkt sie verlegen ab: »Ach, das weiß ich nicht, ich kann mir das einfach nicht vorstellen.« Die bemerkenswerte Abschrumpfung gegen simple Erfahrungen hängt wohl mit einer fortschreitenden Desintegration des gegenwärtigen Bewußt-

seins zusammen, die auch sonst zu beobachten ist. Politik erscheint wie hinter Glas:

Weiß nicht. (*Nehmen wir die Ostzone als Beispiel*) Ich glaube schon, aber wie nun im einzelnen, weiß ich nicht. Da ich am Rande des politischen Lebens stehe, würde ich das gar nicht so miterleben. (*Philologin*, 10. Sem., Int. 115)

Für mich persönlich wahrscheinlich nicht. Wie meinen Sie das, ob sich da äußerlich etwas ändert? Das weiß ich nicht... äußerlich, das kann ich mir nicht vorstellen. (*Und sonst?*) Das weiß ich auch nicht. (*Medizinerin*, 5. Sem., Int. 95)

Politische Katastrophen ziehen wie Unwetter über einen hinweg; und wer nicht von Amts wegen sein Leben unter freiem Himmel zubringen muß, kann sich schonen, indem er zu Hause bleibt. Frei nach der Faustregel: wer sich nicht hochstellt, fällt nicht, haben die Unpolitischen die Gewißheit, daß man seinen Frieden behält, wenn man sich politisch auf nichts einläßt.

Nein (*es wird sich im Falle einer Diktatur nichts ändern*). Ich bin ja nicht abhängig von der Regierung. (*Betriebswirtin*, 3. Sem., Int. 134)

Für mich, glaube ich, kaum. Sicher ist es für das Leben bestimmter einzelner wichtig, in welcher Staatsform sie leben. In irgendwelchen einflussreichen Stellen ist es wohl ein Unterschied. (*Historikerin*, 2. Sem., Int. 81)

Hinzu kommt ein anderes Motiv: man muß sich nur anpassen, im äußerlichen, um hinterm Rücken der Aufpasser durchzubringen, woran alles gelegen ist — die innere Freiheit.

Daß die Staatsform ohne Bedeutung ist für die Allgemeinheit, kann ich nicht sagen. Aber für den einzelnen? Es kommt auf den einzelnen an, wie er sich der Staatsform anpaßt. Es würde dieses oder jenes verboten werden, aber... für den einzelnen ändert sich wenig. (*Betriebswirtin*, 5. Sem., Int. 164)

Aber auch diesem Typ begegnet die *politische Sphäre* in einem bestimmten Licht, und sei es nur in einer negativen Aura. Daß diese Negativität in einer vorwiegend moralischen Abwertung zum Ausdruck kommt¹, ist nicht zufällig bei Leuten, deren Leben primär aufs

¹ Die Abwertung der Politik hat nicht immer einen ausdrücklich moralischen Ton. Oft wird dieser Sphäre ihre Uneigentlichkeit in Kategorien des schlechten Geschmacks angedreht. Eine unpolitische Studentin, nach ihrer Überlegung zur seinerzeit bevorstehenden Bundestagswahl befragt, bekannt zunächst ehrlich: »Vorstellungen habe ich an sich noch nicht«, um dann fortzuführen »... ich würde dann in verschiedene Wahlversammlungen gehen und wahrscheinlich die Partei wählen, die ihre Sache am dezentesten vorbringt.« (*Philologin*, 3. Sem., Int. 56) — In solchen Fällen ist schwer zu unterscheiden, ob die Geschmackskategorien Identifikation mit der besseren Gesellschaft verraten, die sich im Grunde »für so etwas« zu sein ist, oder nur die unter Studenten übliche Unterbreibung, die moralische Sachverhalte ästhetisch einkleidet.

Private abgestellt ist; alle Beziehungen, auch die zwischen Institutionen, erscheinen zunächst als Beziehungen zwischen Personen. Darum wird der Kodex des privaten Bereichs unmittelbar auch auf den öffentlichen angewandt. Den Ton stiltlicher Enrüstung gegenüber dem Gebahren der Politiker und gegenüber der Politik im allgemeinen teilen unsere Unpolitischen mit den Massen derer, auf die Bild- und Heimatpresse zugeschnitten sind.

Im Anschluß an die erste offene Frage nach Politik insistiert der Interviewer: »Wozu ist Politik überhaupt da?« Gerade weil die meisten Befragten nach einer Definition suchen, ohne sie natürlich gleich zur Hand zu haben, fließt in die Antworten etwas ein von der Tinktur des Politischen überhaupt, so wie sie es sehen. An anderer Stelle, nach ausführlichem Gespräch über einzelne politische Themen, erkundigt sich der Interviewer nach der Rolle der Berufspolitiker¹. Er gibt damit Gelegenheit, die pauschalen Vorstellungen über Politik auf deren Träger zu projizieren.

Ich lehne sie ab, weil da immer so viele Intrigen sind. Einer versucht, den anderen zu überröplein. Aber nötig ist sie doch wohl, um den Staat zu erhalten, die Nation. (*Medizinerin, 1. Sem., Int. 16*)

In dieser Antwort verbinden sich die beiden für den Unpolitischen typischen Reaktionen: moralische Abwertung des politischen Meisters und naive Anerkennung der politischen Autorität in abstracto. Der Diskriminierung fehlt die Schärfe einer affektiv besetzten Abwehr; sie resultiert aus einer Parteinahme für den persönlichen Lebensbereich, der sich nach Maßstäben der Sittlichkeit zu regeln scheint, und nicht in erster Linie aus einer moralistischen Parteinahme gegen Politik als schmutziges Geschäft. Um so größer ist die Neigung, vor der Politik, mit ihr und ihren Vertretern konfrontiert, wie vor einer unzugänglichen Autorität Haltung anzunehmen, oder gar im Bewußtsein der eigenen Inkompetenz ihr voreilig zu vertrauen.

Aber so, als kleines Mädchen, ohne allzuviel Geistesgaben, laß ich die Finger davon. (*Philologin, 6. Sem., Int. 77*)

Mißtrauische Ablehnung und vertrauensvolle Unterwerfung gehen oft ineinander über. Die Indifferenz ist ambivalent. Von der Einschlüchterung durch das, was ebenso häßlich wie unum-

1 »Was sind das eigentlich für Leute, die sich heute aktiv politisch betätigen. Kann man sich auf sie verlassen?« — »Worauf kommt es an, wenn man in der Politik Erfolg haben will?« — »Es gibt ein Sprichwort, Politik verdient den Charakter, Fischen Sie, daß das stimmt?« — »Glauben Sie, daß man heutzutage etwas riskiert, wenn man sich in der Öffentlichkeit politisch betätigt? Ich meine, daß man davon — und sei es auch erst später — irgendwelche Nachteile hat?«

gänglich scheint, bis zur autoritären Forderung nach Halt, Ordnung und Befehl ist nur ein Schritt:

Wozu Politik da ist, das frage ich mich oft. Es muß ja eine Staatslenkung geben. (*Philologin, 10. Sem., Int. 115*)

Wenn es kein Steuer in politischer Hinsicht gäbe, dann gäbe es ja ein furchtbares Durcheinander. (*Medizinerin, 3. Sem., Int. 148*)

Ja, sie muß schon da sein, um den Menschen eine Richtschnur zu geben. (*Betriebswirtin, 3. Sem., Int. 134*)

Es muß ja vom Staat Ordnung geschaffen werden. Wenn jeder für sich machen würde, dann wäre keine Ordnung da. (*Musikwissenschaftlerin, 2. Sem., Int. 132*)

Dem entspricht das Bild von den Berufspolitikern. Einerseits betrachtet man sie mißtrauisch:

Ich glaube, man kann sich nicht sehr auf sie verlassen... Dieses Abwägen und diese halben Entscheidungen. Ein Mensch, der sich immer nach dem Winde dreht, von dem kann ich nicht sagen, daß das ein guter Mensch und ein guter Charakter ist. (*Philologin, 3. Sem., Int. 36*)

Das Sprichwort, »Politik verdient den Charakter«, trifft zu, »weil sich nicht mehr nach absoluten Maßstäben gerichtet wird, sondern nach der Nützlichkeit«. Und um in der Politik Erfolg zu haben, kommt es darauf an, »möglichst raffiniert zu sein und gut zu lügen«.

Andererseits steht man der Politik zu fremd gegenüber, als daß man es wage, außer der moralischen Integrität der Politiker auch noch ihre fachliche Kompetenz zu bestreiten:

Ja, das ist schwierig. An sich müßte man sich darauf verlassen, daß sie das Richtige tun; auch wenn sie nicht das tun, was der eigenen Meinung nach das Richtige ist. (*Philologin, 6. Sem., Int. 77*)

Dieses Argument geht zuweilen in einfache Akklamation über:

Ich finde, auf Adenauer kann man sich verlassen. Weiter kann ich nichts sagen. (*Philologin, 10. Sem., Int. 115*)

Ein paternalistisches Regiment kommt erfahrungsgemäß den Bedürfnissen der Unpolitischen entgegen.

Über den Gemeinsamkeiten, über dem peripheren Stellenwert der Politik und über jener ambivalenten Reaktion aus moralischer Abwertung und autoritärer Hochachtung, sollte indes nicht vergessen werden, daß die Gruppe der Unpolitischen von Haus aus keineswegs homogen ist. Tatsächlich ist politische Indifferenz mit zwei gegensätzlichen Formen der Lebensorientierung verbunden. Auf der einen Seite haften die Interessen am Nächsten und Täglichen; der »Pragmatische« bewegt sich in einem engen Horizont. Sein Leben ist in ge-

wisser Weise fraglos und ausgefüllt. Entweder ist es ohnehin gespannt — im Haushalt, im elterlichen Geschäft, im Garten:

Da ich noch drei kleine Schwestern habe, und meine Mutter häufig krank ist, habe ich Hausarbeit zu tun. (*Medizinerin, 1. Sem., Int. 16*)

In den Ferien bin ich zu Hause, da muß ich mithelfen im Geschäft und in der Landwirtschaft, da komme ich zu anderen Sachen nicht. (*Betriebswirt, 5. Sem., Int. 164*)

oder es ist mit Hobbies besetzt — mit Sport, Paddeln, Jazz, Schneidern usw. Die Gespräche unter Kommilitonen drehen sich vorwiegend um Fachliches. Und wenn noch irgend Zeit bleibt, die nicht schon an das Nächstliegende vergehen ist, liest man vorwiegend Kriminalromane, Biographien, Spannungsliteratur. Ein konkreterischer Zug ist unverkennbar. Der Tageslauf ist gleichsam mit den handgreiflichen Dingen überfüllt; ist darum auch zu eng, um ein politisches Geschehen, um Öffentlichkeit überhaupt anders denn als etwas Überflüssiges, zudem Fremdes und Unverständenes einzulassen. — Die Interessen des »Idealisten« schweiften hingegen gleich zum Übernatürlichen und Geistigsten. Der Horizont, in dem er sich bewegt, ist weit und dunstig. Interessenswerpunkte sind stereotyp, ganz unabhängig von der Fakultätszugehörigkeit, Musik und Kunstgeschichte. »Ich interessiere mich mehr für Musik, ich spiele Geige« — »Z. B. höre ich gern gute Musik, nichts Modernes, aber gute Musik« — »Wir führen oft Kunstgespräche« — »Kunstgeschichte interessiert mich noch besonders«. Allerdings finden sich unter diesen sich innerlich dünkenden Indifferenten nicht etwa die Ästhetischen schlechthin; es überwiegen die »Jünger des sanften Geistes«. Der spezifisch kritische Impuls moderner Kunst stört. Die einschränkende Bemerkung, »Musik, aber nichts Modernes«, ist bezeichnend für die eskapistische Nuance im Umgang mit den geistigen Gütern. Nach ihrer Lektüre befragt, äußert eine Musikstudentin dieses Typs schlicht, »alles«, und nach einigem Überlegen, »Selma Lagerlöf, Bergengrűn, Binding, Carossa«. Ein junger Lehramtskandidat antwortet:

Goethe, Adalbert Stifter. Der letzte ist nur eben kein Schriftsteller unserer geheizten Zeit. Dann auch Gedichte und Dramen von Schiller. Hermann und Dorothea und Werthers Leiden auch... Die Naturstimmung hat mich da gefesselt... ich liebe in der Natur das Einsame. Es gibt mir sehr viel. Man wird heutzutage mitgerissen von dem Jagen und Hasen. (*Philologe, 1. Sem., Int. 106*)

Der Zug zum Geistigen verwandelt sich hier zum Rückzug, selbst die Naturanbeutung hat etwas Verkrodenes, wenn man sie etwa mit der der einstigen Wandervögel vergleicht. Dieser Typus erinnert im

übrigen an den hochbürgerlichen Jugendlichen vor dem ersten Weltkrieg, wie ihn Spranger in seiner Jugendpsychologie¹ portraitiert. Diese Gruppierung in Pragmatisten und Idealisten innerhalb der Indifferenten spiegelt sich auch in der *Berufsorientierung* unserer Befragten. Deren berufliche Erwartungen konnten wir differenzieren; je nachdem, ob man den Beruf als eine Art Berufung heiligspricht; ob man ehingelegte Pläne verfolgt, eine ungebrochene Berufsorientierung mit hohem Anspruch hat; ob man den Beruf einfach als Mittel zum Zweck nimmt, etwa zu dem eines gehobenen Lebensstandards, eines Familienlebens mit eigenem Häuschen usw.; oder ob man schließlich ganz die Möglichkeit von der Hand weist, sich jetzt schon irgend festzulegen. Unter den Indifferenten sind nun vor allem zwei Reaktionsformen stark ausgebildet. Auf der einen Seite eine Berufsorientierung mit niedrigem Anspruch; man hat »pragmatistisch« eine Laufbahn eingeschlagen und geht ohne großes Überlegen die Ochsen tour. Auf der anderen Seite ist die Berufsorientierung unspezifisch, gar nicht so sehr von erhofften Positionen bestimmt als vielmehr von »idealistischen« Zielen: der beruflichen Zufriedenheit, der Selbstbestimmung, der Produktivität und so fort. Im übrigen ist daran zu erinnern, daß man sich beide Typen, Pragmatisten wie Idealisten, auf dem Hintergrund einer unbeschädigten Lebensgeschichte vorzustellen hat, einer gewissen Integrität der äußeren Verhältnisse überhaupt.

Das zeigt sich unter anderem auch darin, daß die Familien dieser Befragten, und diese selbst, von politischen Schicksalsschlägen in weit höherem Maße verschont geblieben sind als die übrigen Habitusgruppen: Ausbombung, Flucht, Entnazifizierung, Kriegsgefangenschaft, Notrandsituationen aller Art, und der Verlust nächster Verwandter während des Krieges; von all dem sind die Unpolitischen relativ wenig betroffen worden. Insofern waren sie auch im geringeren Maße der Politisierung ausgesetzt. Wenn sie am Ende des Interviews direkt gefragt werden, warum sie sich so wenig für Politik interessieren, nennen sie im Vergleich zu anderen Typen am wenigstens objektive Ereignisse²; stattdessen erklären sie am häufigsten ihr Desinteressement psychologisch.

Die Unpolitischen sind dadurch definiert, daß sich bei ihnen eine *Bereitschaft zu politischer Beteiligung* fast gar nicht feststellen läßt. Immerhin ist auch bei dieser Gruppe das Verpflichtungsgefühl so stark, daß die Mindestforderung an den Staatsbürger, die Beteiligung an der Wahl, nur in Einzelfällen abgelehnt wird. Wieviel freilich

¹ *Edmund Spranger: »Psychologie des Jugendalters«, Leipzig 1924.*

² Nicht nur Ereignisse während des Krieges, sondern auch in der Nachkriegszeit.

eine solche Wahlberechtigung politisch Indifferenten, wenn überhaupt an dem Vorsatz mehr daran ist als bloße Bereuerung, wert ist, zeigen die geäußerten Wahlmotive:

Warum sollte ich nicht, ich hatte doch das Recht... meine Eltern wählen auch diese Partei. (*Philologin, 10. Sem., Int. 115*)

Es ist die erste Pflicht des Staatsbürgers zu wählen... Ich habe mich da beraten lassen. Es geht ja daraus hervor, daß ich nichts davon verstehe. (*Pharmazentin, 6. Sem., Int. 55*)

Weil ich mich verpflichtet gefühlt habe. (*Zahnmedizinerin, 4. Sem., Int. 57*)

Warum sie überhaupt gewählt hat, begründet diese CDU-Wählerin mit dem Slogan, »daß ich, wenn ich nicht wähle, der Partei die Stimme gebe, die die wenigsten Stimmen gehabt hat«. Politik ist hier so sehr mit Autorität schlechthin identisch, daß Wahlberechtigung einzig vor das Problem stellt, sich nur ja auf die Seite der stärkeren Bataillone zu schlagen, der präsumtiv Gewählte delegiert den Wähler. Das Votum akklamiert dem ohnehin Stärkeren; daß es selber Quelle von Autorität sein könnte, ja sein müßte, tritt nicht ins Blickfeld.

Die Bereitschaft zur politischen Initiative wird durch zwei Fragen geprüft. Die eine spielt auf der Ebene des täglichen politischen Geschäfts, sie unterstellt »normale« Verhältnisse: »Es gibt immer Dinge, bei denen man mit der Regierung unzufrieden ist. Wenn Ihnen etwas nicht gefällt, was können Sie dann — wenn auch nicht gleich — dagegen tun?« Oft läuft sich die Frage einfach an der Unkenntnis der Indifferenten tot: »Da müßte ich erst mal fragen.« Selbst auf das nachfolgende: »An wen könnten Sie sich da wenden? Parteien? Politiker? Behörden?«, kommt ein erstauntes, »Kann man das? Das weiß ich gar nicht«. Andere beruhigen sich bei der Vorstellung, daß ja immer einer da ist, der mit Autorität entscheidet.

Es gibt bei jeder Maßnahme Leute, die nicht einverstanden sind. Man sollte gar nichts tun. Wohin sollte das führen, wenn jeder etwas unternehmen würde. (*Betriebswirt, 5. Sem., Int. 164*)

Die zweite Frage bezieht sich auf die sogenannte Machtübernahme im Jahre 1933. Aber auch die Projektionen auf diesen stark dosierten Reiz einer fiktiven Situation, die die Notwendigkeit politischer Initiative fast überschärft hervortreten läßt, geben kein anderes Bild. Mit einer Unbefangenheit, als ob Unkenntnis vor Strafe schützt, hilft es da auf die Frage: »Was würden Sie persönlich tun, wenn sich wieder eine Entwicklung wie damals vor 33 abzeichnen würde?«

Das weiß ich nicht. Vielleicht würde ich zu meiner Tante nach Amerika fahren... Aber ich würde das ja nie merken. (*Pharmazentin, 6. Sem., Int. 55*)

Andere machen aus ihrem Mangel an politischer Initiative so etwas wie ein Recht; das Manko wird zum Privileg:

Nichts würde ich tun, weil ich mich nicht dazu berufen fühle, ein Volk aus so einer Lage zu befreien. Ich habe keine rednerische Begabung... ich persönlich fühle mich nicht in der Lage, so eine Entwicklung aufzuhalten. Ich glaube, das müssen irgendwelche anderen Leute machen, die dazu berufen sind... ich bin der Ansicht, daß ich persönlich, soweit wie möglich, nichts mit der Politik zu tun haben will. (*Mediziner, 1. Sem., Int. 38*)

Bereichernderweise erscheint dem Indifferenten der politisch Aktive zumeist in der Rolle des Protagonisten, des großen Einzelnen, der Führernatur. Zu Naturkategorien nimmt denn auch dieser Befragte Zuflucht, als er von der Nachfrage bedrängt wird: »Könnte man in einer solchen Situation etwas erreichen oder steht man ihr ohnmächtig gegenüber? Wann kann man was erreichen? Wie?« »Das hängt von der Veranlagung des einzelnen ab, wann und wie...« Noch verbreiteter ist eine gewisse Art unbekümmerter Resignation vor dem, was ohnehin geschieht:

Wenn es soweit ist wie damals, dann steht man dem ohnmächtig gegenüber. Es war irgendwie reif, die ganze Sache. (*Philologin, 3. Sem., Int. 56*)

Unbekümmert ist diese Geste darum, weil in ihr die Kapitulation nicht bewußt wird: die Unpolitischen haben ja den Kampf gar nicht erst aufgenommen. Das politische Geschehen trägt für sie keineswegs die Züge einer Katastrophe. Von Katastrophen bliebe man nicht derart unberührt. Vielmehr scheint die Automatik der Politik auf einen komplizierten Mechanismus zu verweisen, den einige Eingeweihte bedienen, recht und schlecht, den jedenfalls Unbefugte nur stören würden.

Annehmen soll jeder schon, aber wenn jeder sich selbst reinhängen will, da wird bestimmt nichts draus. (*Medizinerin, 3. Sem., Int. 148*)

Dies eine Antwort auf die Aufforderung am Schluß des Interviews, noch einmal ausdrücklich auf den Gang des Gesprächs zu reflektieren: »Wir haben nun so viel von politischer Beteiligung gesprochen. Ist es eigentlich notwendig, daß sich jeder einzelne um Politik kümmert?« Das Eingeständnis der Inkompetenz wird durch den Hinweis auf die Apparatur zur Rechtfertigung.

Nein, dafür gibt er ja praktisch bei der Wahl seinen Auftrag. Er schließt sich einer Gruppe an, die sein Interesse verwaltet. (*Betriebswirt, 5. Sem., Int. 49*)

Demokratie unterm Briefkastenaspekt: man wirft die Post ein, für das Weitere hat man schließlich sein Porto bezahlt. Der Unpolitische

weiß um seine Indifferenz, aber er hält sie für selbstverständlich, sie ist fraglos. Es gibt »so 'ne« und »so 'ne« — das ist oft die letzte Auskunft:

Ich bin der Prototyp des Passivmenschen. Es liegt zuviel Aktualität in der Politik, und das liegt mir nicht. Ich sehe ihr nicht ablehnend gegenüber, ich bin einfach nicht der Typ dafür. Ich freue mich, wenn sich jemand damit befleißt; aber man muß dazu begabt sein. (*Historikerin, 11. Sem., Int. 28*)

Politische Initiative scheint sich, in den Augen dieser Studentin, nach Gesetzen einer geheimnisvollen Arbeitsteilung zu richten, die im Kern zufällig bleibt — manche bringen's eben von Haus aus mit, manche nicht. Und insgeheim denken die Unpolitischen, daß sie ohne Politik nicht nur auch selig werden, sondern gar die einzigen sind, die ihr Glück rechenschaft haben. Denn das Glück ist so offensichtlich von einer anderen Welt als der, die die Politiker machen.

2. Die irrational Distanzierten

Wenn das Verhältnis der Unpolitischen zur Politik Apathie heißen darf, dann muß das der irrational Distanzierten Antipathie genannt werden. Den beiden Typen ist manches gemeinsam, auf der Verhaltensoberfläche sind sie oft nicht zu unterscheiden. Der eine wie der andere zeigt sich desinteressiert am politischen Geschehen und macht auch kein Hehl daraus. Einer hält wie der andere politische Initiative im allgemeinen für sinnlos, ist auch selber nicht bereit zu einer politischen Beteiligung, die irgend über das staatsbürgerliche Minimum hinausgeht.

Die gleichen Stellungnahmen zum Sozialkundeunterricht:

Damals war das Fach neu eingeführt, und wir waren die ersten, die es bekamen. Daher war es nicht besonders gut. (*Mediziner, 11. Sem., Int. 53*)

Habe keine genaue Erinnerung mehr, habe es nicht gern getan. (*Philologe, 1. Sem., Int. 123*)

Dem entspricht die geringe Selbsteinschätzung des politischen Interesses.

Wenn man sich beteiligt, müßte man aktiv sein. Das bin ich nicht, folglich bin ich Zuschauer. (*Betriebswirt, 7. Sem., Int. 135*)

Ich stehe der Politik eigentlich gleichgültig gegenüber. (*Jurist, 3. Sem., Int. 36*)

Unterhalte mich politisch wenig, obwohl mein Mann politisch tätig ist. (*Medizinerin, 10. Sem., Int. 74*)

Und der gleiche Mangel an Handlungsbereitschaft wie bei den Unpolitischen: »Ich kann gar nichts tun«; das gleiche Adselzucken

gegenüber der Aufforderung, daß sich jeder einzelne politisch beteiligen solle:

Für mich trifft das eben nicht zu. Irgend jemand muß ja. Wer Drang dazu hat, soll's tun. (*Medizinerin, 1. Sem., Int. 112*)

Allein, diese Übereinstimmung auf den ersten Blick trügt. Denn es ist nicht eigentlich Gleichgültigkeit gegenüber den Ansprüchen der Öffentlichkeit, sondern Verdruß und Abwehr, die die Reaktionen dieses Typs bestimmen. Schon bei den verhältnismäßig äußerlichen Stellungnahmen zur Sozialkunde, zum eigenen politischen Interesse und zur eigenen Initiative meldet sich zuweilen deutlich Antipathie:

Dagegen hat mir Staatsbürgerkunde immer Abscheu eingeflößt, weil mich Politik niemals gereizt hat... Was mich an der Politik besonders abstößt: die Einsicht fehlt und die menschliche Größe. (*Betriebswirtin, 5. Sem., Int. 114*)

Diese Befragte hat nicht einfach ein Pensum vergessen, sie verneint eine Sache, die ihr mit ständiger Bedrohung verbunden zu sein scheint. Sie fährt fort: »Ich sehe, daß man nichts dagegen tun kann, und gerade das regt mich auf.« Politik ist keineswegs mehr das Gewitter, das hinter den Bergen vorbeizieht. Es bricht herein, und man ist ihm ausgeliefert. Weil man dagegen rational nichts vernag, verhält man sich wie ein Mediziner, die Wahl wird zu einer magischen Prozedur: »Wir wählen ja jetzt CDU —«, so schließt die Überlegung zum Sozialkundeunterricht,

— aber wer weiß, ob das richtig ist; ob die überhaupt etwas für uns tun kann. (*Betriebswirtin, 5. Sem., Int. 114*)

Noch deutlicher ist die Begründung, mit der sich ein Befragter rechtfertigt, daß er sich so selten politisch unterhält, und wenn, nur mit guten Bekannten.

Außerst selten mit weniger guten Bekannten, weil ich schon einmal hereingefallen bin. (*Philologe, 1. Sem., Int. 40*)

Hier nimmt das anonyme Risiko der Politik psychologische Gestalt an: gebranntes Kind scheut das Feuer.

Ich habe das doch mitgemacht, von der Entnazifizierung meines Vaters her. Und ich kann da ansehen, was daraus entstehen kann. Und ich würde nie eintreten. (*Betriebswirt, 1. Sem., Int. 21*)

Was zuerst wie Indifferenz erschien, ist nicht die Regungslosigkeit gegenüber dem schlechthin Gleichgültigen, sondern viel eher traumatische Starre eines zurückgebliebenen Schocks; nicht Unberührtheit, sondern tiefe Betroffenheit bestimmt die nach außen leicht verwechselbare Geste dessen, der nicht mitspielt. Man geht gleichsam hinter den Vorhang der politischen Apathie in Deckung, von der Naivität des Unpolitischen weit entfernt.

In den verschiedenen Habitusgruppen bedeutet politisches Desinteressement nicht unbedingt das gleiche. Die einzelnen Gruppen unterscheiden sich charakteristisch: während etwa die Unpolitischen, wohl auf Grund ihrer eigenen Apathie, die Väter häufig für politisch besonders interessiert erklären, behaupten die irrational Distanzierten gegenüber allen anderen Typen am meisten die Uninteressiertheit ihrer Väter an Politik – fast scheint es, als stecke darin ein kritisches Moment. Überhaupt steht die typische Situation des irrational Distanzierten im Gegensatz zur Unmündigkeitssituation des Unpolitischen: sein Alter liegt zwar nicht über dem Durchschnitt, er ist auch in keiner Fakultät auffällig stark vertreten; aber zum unerfahrenen Indifferenten stellt er so etwas wie den Gegentyp des Erfahrenen im Sinne von Abgebrühtheit dar, den Typ dessen, der dem Elternhaus erwachsen ist. Auch negative Stellungnahmen zur Kirche finden sich relativ häufig. Das Gegenbild zum behüteten Dasein der Unpolitischen wird noch dadurch ergänzt, daß sich unter den irrational Distanzierten im Vergleich zu den anderen Typen die meisten Flüchtlinge finden, und zwar hauptsächlich aus den Gebieten jenseits der Oder und Neiße. Darauf und auf ähnliche Kriegs- und Nachkriegserfahrungen ist es wohl zurückzuführen, daß von den irrational Distanzierten häufiger als von anderen Gruppen politische Ereignisse als Motiv ihres politischen Desinteressement genannt werden. Es mag hinzukommen, daß von diesen Befragten ein ganzes Drittel überhaupt keinen Sozialkundeunterricht auf der Schule gehabt hat.

Der Unterschied beider Typen tritt darum in den Interviews dort klar hervor, wo der persönliche Lebensbereich mit dem Geschehen in der Öffentlichkeit konfrontiert wird. Den Unpolitischen gelingt es nicht, eins zum anderen ins Verhältnis zu setzen. Den irrational Distanzierten hingegen ist nur zu bewußt, wie sehr die Lebensgeschichte der einzelnen, in die Naturgeschichte der Gesellschaft verflochten, den Krisen und Katastrophen des politischen Geschehens preisgegeben ist.

Diese Studenten sind sich sofort darüber klar, daß eine Umwälzung der Staatsform tief in ihr privates Schicksal eingreifen würde:

Wahrscheinlich würde mein ganzes tägliches Leben in anderen Bahnen verlaufen, da ja ein totalitärer Staat in das Leben jedes einzelnen tiefgehend eingreift. (*Philologe, 1. Sem., Int. 40*)

Wenn sie den Arbeitsdienst oder die HJ wieder einführen würden, dann würde sich doch so manches ändern... Im Falle einer Hinderkatur, wo einen jede Kritik an der Regierung ins KZ bringen kann, würde sich das doch sehr nachteilig auswirken. (*Für Sie persönlich?*) Ja, doch, das wäre ein Grund zum Auswandern. (*Betriebswirt, 6. Sem., Int. 32*)

Doch, es würde sich schon eine Masse ändern. Der Zwang, der dann ausgeübt wird... wir haben in unserer Familie viel zu leiden gehabt. Das ist auch eigentlich der Hintergrund, warum ich mich um nichts kümmern in der Politik. (*Zahnärztin, 3. Semester, Int. 43*)

Erfahrungen und Befürchtungen dieser Art sind es auch, die einige der Befragten zu einem widerwilligen Eingeständnis eines gewissen politischen Interesses nötigen.

Man ist ja gezwungen, sich zu interessieren; aber es kommt eigentlich nicht aus einem selbst heraus. (*Philologin, 1. Sem., Int. 108*)

Dieses »nicht aus einem selbst heraus« ist die Formel für alle Berührung mit der Politik; man bemüht sich um sie, wenn überhaupt, gespaltenen Herzens; zuweilen nimmt das *contre cœur* geradezu Formen der Selbstzensur an. So etwa berichtet ein Student spontan, in seinem Bekanntenkreis unterhalte man sich

... sehr oft über Politik, z. B. über die Wehrfrage, denn fünf Mann aus meiner Klasse wurden eingezogen. (*Philologe, 1. Sem., Int. 40*)

Wenige Minuten vorher hatte er hingegen beteuert:

Früher habe ich mich auch einmal für Politik interessiert. Dabei habe ich mir einmal so den Mund verbrannt, bei einem Lehrer, der anderer Meinung war, daß ich es vorgezogen habe, mich nicht mehr damit zu beschäftigen. (*Was war das?*) Irgendetwas über das Dritte Reich. Er war Nationalsozialist, ich habe darüber geschimpft, da hat er mich runtergesaur. Seitdem halte ich lieber den Mund.

Dieses gewundene Verhältnis zu einem Geschehen, von dem man sich trotzig abwendet, weil es das, was einem lieb und teuer ist, beschädigt, mindestens bedroht, und von dem man gleichwohl nicht ganz ablassen kann, stellt sich in verschiedenen Formen dar; je nachdem, ob die Verdrängung des Politischen nonchalant gelingt; ob sie den Sachel eines starken Affekts zurückläßt, der die politische Sphäre dem Bewußtsein verschließt; oder ob sie schließlich die politische Aufgeschlossenheit nicht ganz blockiert, gar ein gewisses politisches Engagement durchgehen läßt, das freilich ständig der Selbstzensur unterworfen bleibt und nirgends zu wirklicher Bereitschaft gedeihen kann. Am Ende dürfte sich auch noch das circensische Interesse, das sich ganz der Sache verschreibt, aber betont folgenlos bleibt, also ein im Kern unpolitisches Interesse an der Politik ist, als Extrem dieser Haltung begreifen lassen.

Nonchalant nennen wir die Haltung eines Teils der irrational Distanzierten, weil er fast so entlastet unpolitisch erscheint, wie es die Unpolitischen wirklich sind. Bei ihnen ist aber das gute Gewissen nicht

ganz ungerührt. Ein künstlerisch interessierter Mediziner beispielsweise, der nirgends Politik spontan erwähnt, sich an den Sozialkundenunterricht kaum erinnert, keine politischen Gespräche führt, vielmehr leicht hin über die politischen »Reize« des Interviews hinweggeht, verrät doch ein leichtes Unbehagen in seiner um eine Nuance zu schroffen Ablehnung der Frage, ob einem denn Politik nicht helfen könne, »anständig zu leben«:

Nein, (*betont*) Politik interessiert mich nicht. Und wenn da eine Chance gegeben wäre, würde ich sie gar nicht ausnutzen.

An späterer Stelle heißt es dann plötzlich spontan:

Das ist ein sehr heißes Eisen, diese Politik. Ich nehme an, daß die Diskrepanz der Meinungen nicht so groß ist, daß ich ins politische Leben eingreifen müßte. Wenn es mein Leben sehr stark beeinträchtigen würde, würde ich ins Ausland gehen. (*Mediziner, 11. Sem., Int. 53*)

Hinter der Distanz verrät sich unbewältigte Unruhe: »Schließlich bestimmt ja die Politik das ganze persönliche Leben.«

Nicht allen Betragten dieses Typs gelingt es freilich, diese Unruhe derart in gleichsam eingeübter Indifferenz unter Kontrolle zu halten. Bezeichnend ist die Antwort einer Betriebswirtin auf die Frage, ob ihre Stellung mehr die eines unbeteiligten Zuschauers oder mehr die eines am politischen Geschehen Beteiligten sei: — »die eines wütenden Zuschauers«. Nichts bleibt mehr vom Schein eines Auswegs, als könne man sich im Ernstfall doch noch den Folgen politischer Ereignisse entziehen:

Da kann man als einzelner gar nichts tun. Wenn ich an das Dritte Reich denke... wir können uns das alles nicht mehr vorstellen. Ich weiß von dieser ganzen Zeit nur noch, wie unser Haus abbrannte und wir plötzlich dastanden und gar nichts hatten. (*Medizinerin, 1. Sem., Int. 112*)

Das Gefühl des Ausgeliefertseins läßt sich nicht mehr durch scheinbar souveräne Distanzierung überspielen; zurück bleibe »Wut« und naher Niederlagenheit — ein Rückzug im Bewußtsein der Vergeltbarkeit des Rückzugs:

Ich finde doch, daß man dem Ganzen ohnmächtig gegenübersteht. Man braucht nur an den Atomkrieg zu denken. Diese Ohnmacht ist das Entsetzlichsste, was es gibt. Man hat es vor Augen, aber was will man schon dagegen machen? Ich sehe andererseits auch ein, daß, wenn jeder sich zurückzieht, alles ins Kraut schießt. Aber was soll man denn schon tun? Man kann sich auf den Marktplatz stellen und toben. Aber das ist doch auch nichts. Oder eine Partei gründen, die sich dagegen wehrt. (*Betriebswirtin, 5. Sem., Int. 114*)

Dieses letzte Argument wird zum Topos der Frustration — man müßte eine Partei gründen; ein Stoßseufzer, der das Notwendige im Irrrealis ausspricht und zugleich die Abstinenz von aller politischen Beschäftigung rechtfertigt.

Bei anderen Betragten dieses Typs führt ein ähnlich starker Affekt nicht ganz zur Lähmung des politischen Interesses. Er macht nicht blind, hält viel eher wach und gestattet gar so etwas wie ein politisches Engagement, das sich allerdings selbst immer wieder auf halbem Weg unterbricht. Exemplarisch ein Betriebswirt, der zweimal spontan Politik erwähnt.

Meistens sprachen wir über Politik, hin und wieder auch über welanschauliche Sachen. (*Betriebswirt, 1. Sem., Int. 21*)

Er berichtet von Auslandsreisen, politischen Tagungen und von seiner Arbeit als Redakteur an einer Schülerzeitung. Auch auf die erste, auf Politik gerichtete Frage nach Politik (»kann einem dabei die Politik helfen — anständig zu leben?«) reagiert er positiv: »Ja, indem sie einen Staat schafft, in dem man frei leben kann«; in dem Nachsatz meldet sich schon eine gewisse Distanzierung: »... und daß sie die private Sphäre in Ruhe läßt«. Im weiteren Gespräch stellt sich dann heraus, daß sich der Befragte selbst als unpolitisch einschätzt (»Mich interessiert z. B. in keiner Weise das Atomgesetz«); sich in der Rolle eines Zuschauers sieht. Dieser Bruch ist zunächst unverständlich; nach allem Vorangehenden hätte man einen hohen Grad politischer Beteiligung erwarten sollen. Bis er endlich, bei der Erkundigung, ob er denn später einmal einer politischen Partei beitreten werde, erklärt, daß er von der Ennaziifizierung seines Vaters her wisse, was daraus entstehen könne. Immerhin ist der Affekt nicht so stark, daß er die Beschäftigung mit Politik ganz blockiert. Das gleiche gilt für einen Physiker, der sich »als regelmäßiger Zeitungsleser natürlich für Politik interessiert«. So beschäftigt er sich beispielsweise mit Fragen des historischen Materialismus, überhaupt mit dem Schicksal der Gesellschaft, »mit dem Versuch, zu einer Anschauung zu kommen«. Er spricht über die Notwendigkeit der Erwachsenenbildung, Verlängerung der Schul- und Studienzeit (»Fünfwochende unter der Bedingung, daß der sechste Tag der Förderung des Geistes dient«) und entwickelt ausführlich seine Ideen zu einer »Diktatur der Elite«. Nach alledem überrascht es, auf die Frage nach seinem politischen Interesse, wiederum zu hören:

Nein, nicht mehr als notwendig. Ich gebe zu, daß man sich für Politik als eines der Übel interessieren muß, das liegt eben in der Tragik des Menschen. (*Physiker, 12. Sem., Int. 61*)

Dazu stimmt das düstere Bild von dem Berufspolitiker.

Man kann sich auf niemanden verlassen, am wenigsten auf die Politik. Politik ist ein schmutziges Geschäft.

Auch dieser Bruch mag sich aus der Lebensgeschichte dieses Studenten erklären: der Vater ist gefallen, er selber kam zuletzt als Volksturmmann an die Front; nach dem Kriege mußte er entnazifiziert werden; 1947 floh er aus der Oszone in den Westen.

In einem Fall, der hier nur das Extrem der irrationalen Distanzierung markieren soll, löst sich die Beschäftigung mit politischen Fragen ganz vom unmittelbaren politischen Interesse ab. Ein äußerliches Interesse an der Politik emanzipiert sich von politischer Handlungsbereitschaft: das eine verselbständigt sich gegenüber dem anderen. Beteiligung am politischen Leben, die übers Kontemplative irgend hinausgeht, wird rigoros abgesperrt. Ein Jurist nennt als sein erstes und einziges Interessengebiet die Geschichte der jüngsten Vergangenheit. Er hat sich mit der Literatur zur deutschen Außenpolitik seit Bismarck beschäftigt und ausgedehnte zeitgeschichtliche Studien getrieben. Gleichwohl behauptet er: »Ich stehe der Politik eigentlich gleichgültig gegenüber.« Politische Aktivität in jeder Form hält er für aussichtslos: »Da kommt nichts bei raus.« Die typische Ambivalenz der irrationalen Distanzierung vom öffentlichen Bereich findet eine exemplarische Formulierung:

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß einen Politik nichts angeht; aber daß Politik keine Rücksicht nimmt, und daß man als einzelner nichts ändern kann. (*Jurist, 3. Sem., Int. 36*)

Politik nimmt keine Rücksicht, im Grunde kennt sie nur Betroffene, keine eigentlich Beteiligten. Sie subsumiert die Menschen als Objekte; als Subjekte sind sie nur zugelassen, sofern sie sich von vornherein auf Kontemplation beschränken.

Das ist ein Widerspruch: ich beschäftige mich zwar mit Politik, interessiere mich aber nicht dafür. (*Warum beschäftigen Sie sich damit?*) Weil es mir Spaß macht... ich interessiere mich auch für Politik auf rein privater Ebene, will daraus aber keine Konsequenzen ziehen, nicht politisch tätig werden. (*Jurist, 3. Sem., Int. 36*)

In der Lebensgeschichte des Befragten, soweit er sich darüber äußert, findet sich kein Anhaltspunkt; nur die schroffe Weigerung, über die politische Richtung des Vaters Auskunft zu geben, ist auffällig.

Auch die irrational Distanzierten zeigen in ihrer *Lebensorientierung* Züge, die auf den ersten Blick der konkretistischen gleichen. Befragte dieses Typs sind es bezeichnenderweise, die, im Vergleich zu allen ande-

ren Gruppen, am häufigsten die Schlußfrage des Interviews (*Gibt es etwas, wofür Sie Opfer, ich meine wirkliche Opfer bringen würden?*) verneinen oder die Frage überhaupt ablehnen. Die irrational Distanzierten haben weder das, was einer von ihnen als »Ideen und Ideale« abtut; sie berufen sich nicht wie der idealistische Teil der Unpolitischen auf Innerlichkeit; noch hatten sie, wie die Pragmatisten unter den Indifferenten, ohne Horizont am Nächsten. Ihr Konkrektismus ist anderer Art; sie klammern sich an den Raum, der ihnen inmitten der Risiken und der Reglements am ehesten noch etwas von Freizügigkeit und Sicherheit verspricht — »ich möchte in Ruhe und Frieden leben und so, daß es mir gut geht«. In diesem gedämpften Wunsch ist nichts mehr von Vertrauen und Selbstverständlichkeit, in ihm schwingt eher die Erfahrung der Friedlosigkeit mit, einfach Angst vor der blinden Zerstörung dessen, was menschlich und menschenwürdig ist. Man will

... ein einigermaßen glückliches Familienleben und einen einigermaßen erträglichen Beruf. (*Betriebswirt, 1. Sem., Int. 21*)

... ein erträgliches Einkommen, vernünftige Wohnverhältnisse, eine befriedigende Tätigkeit und Menschen, mit denen man harmonisch zusammenleben kann. (*Historiker, 14. Sem., Int. 44*)

Ich möchte einen Beruf haben, wo ich soviel verdiene, daß ich nicht mehr jeden Pfennig umdrehen muß. Möchte aber auch kein Mangertyp werden, sondern Zeit fürs Privatleben haben. Auch wenn man bombastische Gelder verdienen sollte, der Beruf sollte die anderen Interessen nicht kaputt machen... Es gibt oben Leute, die nur ihren Beruf haben und die anderen, die abschalten, wenn sie nach Hause kommen. Und die sind mir viel sympathischer. (*Betriebswirtin, 5. Sem., Int. 75*)

Was hier Ruhe und Frieden sichern soll, der innerste Kreis der Familie und des Berufes, ist ein Resignationsideal. Selbst krasse »bürgerliche« Formulierungen

... wenn ich eine Familie ernähren kann, und daß ich mir das Leben, so wie ich es mir vorstelle, eigene Wohnung mit allem, was dazu gehört, eben ein Leben mit dem Niveau des gehobenen Bürgerstandes leisten kann. (*Philologe, 1. Sem., Int. 123*)

erklären sich als Reaktion auf den Verlust von Sicherheit und Freiheit, repräsentieren kein wohlverwobenes, ständisches Selbstbewußtsein.

Wohl denkt dieser Typ eminent konkret:

Politik ist meiner Ansicht nach nur für den einzelnen da. Sie gerät auf die schiefe Ebene, wo sie nicht mehr das Wohl des einzelnen unmittelbar im Auge hat. (*Betriebswirtin, 5. Sem., Int. 114*)

Aber wenn sie Ruhe und Frieden sagen, meinen sie implizit beides, sowohl den Frieden der Gesellschaft im ganzen wie die Ruhe des

eigenen Familienglücks. Wenn sie Freiheit sagen, dann meinen sie sowohl die Selbstbestimmung der Bürger wie auch die kleinen Freizügigkeiten ihres täglichen Lebens. Und wenn sie Geld sagen, dann meinen sie den Wohlstand, der Frieden und Freiheit in beiderlei Sinn erst garantiert.

Ein Betriebswirt nennt die konkrete Freiheit beim Namen:

Ich habe kein Interesse, nur gelernt und nicht gelebt zu haben... das Gefühl zu leben habe ich, wenn ich nicht das tue, was ich tun muß, sondern mir's einrichten kann, wie ich will. Ich bin gegen jeden Zwang. Alles, was nicht unter Zwang steht, nenne ich Leben. (Betriebswirt, 7. Sem., Int. 133)

Politisch realisiert sich diese Freiheit in einem Staat, der »die private Sphäre in Ruhe läßt«, in einem Beruf, der »Zeit für Privatleben läßt«, und in einer Freizeit, in der man »keiner Organisation angehören muß«.

Immer wieder wird das Veto gegen den Zwangsanspruch von Kollektiven, gegen Gemeinschaftsforderungen jeder Art angemeldet. Einer findet die Formel »Gemeinschaftsmüdigkeit«: die Privatsphäre soll gegen staatliche Eingriffe ebenso abgedichtet werden wie gegen Zwangsvergesellschaftung, in welchen Organisationen auch immer Politik kann helfen,

indem sie einen Staat schafft, in dem man frei leben kann, und daß sie die private Sphäre in Ruhe läßt. (Betriebswirt, 1. Sem., Int. 21)

Politik ist dazu da, das Leben der einzelnen zu fördern. Der Spielraum des Persönlichen soll nicht eingeengt werden, der Staat soll nicht versuchen zu lenken. (Betriebswirtin, 5. Sem., Int. 75)

Dem entspricht auf der anderen Seite eine überempfindliche Reaktion auf die Ansprüche von Organisationen.

Ich bin froh, daß ich keiner Organisation angehören muß. Das ist nicht weltschmerzhaft bedingt, sondern ich verabscheue jeden Zwang. (Betriebswirt, 7. Sem., Int. 133)

Bei den Verbindungen stoßt mich das Gebundensein ab, zweimal in der Woche, das ist mir zu viel. (Philologe, 1. Sem., Int. 40)

Ich bin an sich gegen solche Vereinigungen, überhaupt gegen Organisiertsein. (Betriebswirtin, 5. Sem., Int. 114)

Studentische Verbindungen verabscheue ich; wenn man in einen solchen Verein geht, dann ist man doch gleich wieder in einer Gemeinschaft. (Philologe, 3. Sem., Int. 30)

Die Ablehnung der Korporationen ist nicht primär politisch motiviert:

Jeder Zwang ist mir ekelhaft. Das Gefühl, daß man gemäßregelt werden könnte, oder daß man in seinem Privatleben gehindert werden könnte, wäre mir zuwider. Ich habe ihnen anfangs schon

etwas Ähnliches gesagt über meinen Austritt aus der Verbindung; aus den gleichen Gründen bin ich letzten Endes ausgetreten. (Mediziner, 11. Sem., Int. 53)

Ein Blick auf den lebensgeschichtlichen Hintergrund dieses Typs läßt in solchen Reaktionen die nachwirkenden Erfahrungen einer Zeit erkennen, in der ein staatlich geforderter und erzwungener »Einsatz« alsbald die jugendlichen Ideale zerrümmert¹.

Der individualistische Protest gegen kollektiven Zwang entspringt, wie der Konkrektismus der Lebenspläne, dem tiefen Mißtrauen gegen den öffentlichen Bereich als einen Katastrophenzusammenhang des politischen Geschehens. Dieser erscheint den irrational Distanzierten in einem anderen Licht als den Indifferenten. Zwar findet sich auch bei ihnen die Geste der moralischen Abwertung, insbesondere den Berufspolitikern gegenüber:

Wenn man selbst im Trockenen sitzt, dann will man andere naß werden lassen... jeder ist auf seinen Vorteil bedacht, und wenn die Politiker vom Wohl des Volkes reden, dann ist das nicht ganz glaubwürdig. (Betriebswirt, 7. Sem., Int. 135)

Bis auf ganz geringe Ausnahmen sind es Karrieristen. Ich denke in Koblenz an das Beschäftigungsamt. Es ist kaum zu glauben. Wenn ein scharfer Wind bläst, dann fallen alle diese Leute um. (Wuruf kommt es an, wenn man in der Politik Erfolg haben will!) Auf Beziehungen, auf nichts anderes. Wenn Sie erwarten, daß ich da sage: Tatkraft, Wissen und Energie — ich nicht! Es kommt an auf Pfliffigkeit, Bauernschläue, Kunst, geschickt intrigieren zu können, gute Beziehungen. Ich habe fast alle Lebensläufe unserer Minister gelesen, es ist immer dasselbe. Z. B. Oberländer, wie der andere Leute überspielt hat. (Volkswirt, 7. Sem., Int. 111)

Gleichwohl fehlt dem jener Anflug eines geistigen Hochmuts, der die Reinheit in abstracto vertritt. Vielmehr liegt das Gewicht auf den Momenten des Betrugs, unter dem andere zu leiden haben: man fühlt sich übers Ohr gehauen, an der Nase herumgeführt.

Das sind Leute, die auf ihren eigenen Profit und eine Machtstellung aus sind. Verlassen kann man sich nur auf ihre Unzuverlässigkeit... Man muß so zu reden verstehen wie Adenauer, nicht als Redner, sondern als Fuchs. (Philologe, 3. Sem., Int. 30)

Um seine Gedanken und Bestrebungen in die Tat umsetzen zu können, dazu bedarf es der Schachzüge, das ist doch wohl Politik. (Betriebswirt, 6. Sem., Int. 32)

1. Die ambivalente Haltung der irrational Distanzierten könnte freilich unter bestimmten Umständen wiederum in ein politisch gefähliges Engagement umschlagen. W. v. Beayer-Karre zeigt, wie die NS-Propaganda gerade mit diesem Typus gerechnet und ihn großenteils auch erfolgreich für ihre Ziele eingespannt hat. (Wanda v. Beayer-Karre: »Das Zerstörende in der Politik / Eine Psychologie der politischen Grundeinstellung«, Heidelberg 1958.)

Politik nimmt leicht Züge tödischer Anonymität an: man weiß nie, was einem passiert.

Während sich beim Indifferenten mit moralischer Verurteilung der Politik Unterwerfung unter deren Autorität verbinden konnte, führt sich der irrational Distanzierte vom politischen Geschehen nur betroffen, gewissermaßen ausgebeutet und immer wieder bedroht. Die Gefahren sind virulent. Auf die Frage, ob politische Betätigung heutzutage gefährlich sei, antwortet einer der Befragten:

Ja, doch, das glaube ich. Sehen Sie die Kommunistenverfolgung, das ist doch typisch. Man verkündet die Demokratie. Es gibt Kommunisten, die sich für ihre Sache einsetzen, und die verfolgt man heute. Das ist ein Zeichen dafür, daß bei uns nicht alles astrein ist. (*Betriebswirt, 6. Sem., Int. 32*)

Ich würde nie in eine politische Partei eintreten, das hat man ja beim Nationalsozialismus gesehen. Ob das nun wieder ein Mandat an Verantwortung ist, weiß ich nicht. Der, der sich beteiligt, muß in Kauf nehmen, daß er beim nächsten Umsturz dran ist. (*Betriebswirtin, 5. Sem., Int. 75*)

Zur Gefährlichkeit dieser Sphäre kommt ihre Undurchsichtigkeit hinzu. Die irrational Distanzierten haben das Gefühl, daß hinter den Kulissen viel »gespielt« wird, wovon man keine Ahnung hat. Das Bild von der politischen Sphäre wird zuweilen dämonisiert:

Es kommt überall auf Interessengruppen an, die sich nicht zeigen. Man stößt plötzlich auf Widerstände, wobei man nicht weiß, woher sie rühren. Man selbst kann daran natürlich nichts ändern. Das Ganze heißt Demokratie. Wir sollen mitbestimmen dürfen. Wenn man aber was tut, was bestimmten Stellen nicht paßt, dann bekommt man gleich Schwierigkeiten. Unter dem Deckmantel der Demokratie ist es bei uns fast so wie bei Hitler. Das heißt, wir haben natürlich viele Freiheiten, nur wenn man in der Politik was tun will, dann hat man keine. Eigentlich sollte man sich schon um die Politik kümmern, aber man ist da wie ein Sandkorn am Meer. (*Betriebswirt, 7. Sem., Int. 135*)

Die Autorität der Politik hat nichts Imponderables, sie ist von der Art Autorität böser Geister, die nicht gebannt werden können. Dieser Typ glaubt, sich an das Nächste halten zu müssen, um im persönlichen Lebensumkreis zu retten, was zu retten ist.

3. Die rational Distanzierten

Der Unterschied zwischen dem rational und dem irrational distanzierten Typus läßt sich drastisch an der *Erscheinungsform der politischen Sphäre* aufzeigen, an den Aufgaben der Politik und an den Rollen der Berufspolitiker, wie sie dem einen und dem anderen sich darstellen. Politik gilt nicht mehr als der undurchsichtige Schuld-

zusammenhang, sondern als ein Gerübe, das auf dem Hintergrund von Parteidogmus und Dummheit um so klarer hervortreten läßt, was sie sein könnte und sein sollte: ein rationaler Zusammenhang von Verwaltungsakten. So wendet sich ein Philologe ausdrücklich gegen die irrationale Distanzierung vom politischen Geschehen, gegen dessen Diffamierung. Er berichtet vom Briefwechsel mit einem Schweizer Studenten, für den Politik Inbegriff alles Schmutzes sei,

... aber ich bin der Auffassung, daß, was sich nicht aus dem menschlichen Leben wegdenken läßt, nicht mal theoretisch, nicht absolut schmutzig sein kann. (*Philologe, 5. Sem., Int. 141*)

An späterer Stelle kommt er noch einmal darauf zurück:

Man redet viel davon, was hinter den Kulissen in der Politik vorgeht, unsaubere Geschäfte und so. Es ist möglich, daß das stimmt. Aber es ist nicht möglich, wenn wir im Leben verhandeln, im Verantwortungsbewußten Leben, immer rein zu bleiben. Schon Goethe läßt seinen Egmont sagen: Handeln heißt schuldig werden. Man muß sich die Hände schmutzig machen.

Dieses Credo für die Moral der schmutzigen Hände dient hier freilich nicht einer Rechtfertigung des »Realpolitischen«. Es richtet sich vielmehr gegen die Dämonisierung der politischen Sphäre. Der Student, der gegen die moralische Abwertung der Politik beredt Stellung nimmt, wertet selber ab: freilich aus einer distanzierten Haltung heraus, der allein daran gelegen ist, daß Politik nach Maßstäben rationaler Organisation und nicht nach Parteinteressen betrieben wird. Er kümmert sich, so sagt er, nicht sonderlich intensiv um politische Informationen,

... nicht um diesen kleinen Parteienkram; den sollen sie unter sich ausmachen, da ist mir die Zeit zu kostbar. Ich habe was anderes zu tun.

Der »kleine Parteienkram« ist das Stichwort für die Abweichung des täglichen politischen Geschäfts von dem, was Politik ihrem Sinn nach zu sein hätte: sie hätte den Staat und das Volk, das darin lebt, wie einen Betrieb möglichst erfolgreich zu leiten. Man kann sich daher auf Politiker nur verlassen,

... soweit sie ernsthaft Politik betreiben, sich nicht von Parteipolitik beeinflussen lassen; dann betreibt der Politiker seine Aufgaben ganz wie ein Betriebsleiter. (*Betriebswirt, 10. Sem., Int. 167*)

Im Gegensatz vom Fachmann und Parteimann: vom »Unabhängigen«, der die Sache und mit der Sache das Interesse der Allgemeinheit vertritt, auf der einen und dem parteigebundenen Interessenvertreter auf der anderen Seite werden Rationalität und Irrationalität der politischen Sphäre freilich auch hier personalisiert. Dieses Modell

bietet sich um so eher in einem Lande an, wo seit einem Jahrhundert und länger das scheinbar unabhängige Beamtentum als Stütze der Monarchie gegen die unterm Parlamentarismus angeblich bestehenden Parteirepräsentanten ausgespielt worden ist; ein Modell, das in den zwanziger Jahren dann von den präfaschistischen und faschistischen Kritikern an der Demokratie im Dienst ihrer Propaganda für ein diktatorisches Regiment, das über den Parteien stehen, ja gegen sie die Volksgemeinschaft herstellen soll, umfunktioniert wurde. Nach 1945 ist dann die Diskussion um den Parteibuchbeamten, im Zusammenhang besonders mit der von den Besatzungsmächten oktroyierten Kommunalverfassung und dem vom Grundgesetz sanktionierten Machtzuwachs der Parteien wieder aufgelebt.

Freilich hängen die rational distanzierenden kaum bewußt mit dieser Tradition zusammen; nur wachsen ihnen aus dieser Tradition Stereotype und Argumente zu:

Die Leute in den führenden Stellen sollen etwas davon verstehen, sollen Fachleute sein. Jetzt sitzen oft Leute mit Parteibuch drin. (*Kunsthistorikerin*, 6. Sem., Int. 103)

Ich meine, man soll dazu keine Parteileute nehmen, sondern Exzellenzen, die unabhängig sind. Ich verweise auf das Beispiel von Herrn Professor B., der in Saarbrücken Finanzminister war. (*Betriebswirt*, 14. Sem., Int. 29)

Die führenden Politiker sind durchweg Parteileute, also solche, die durch Protektion oder durch persönliches Interesse an der Politik in die Partei und damit in die politisch einflussreichen Stellen gekommen sind. (*Physiker*, 13. Sem., Int. 126)

Es ist da ein zu großer Prozentsatz an Rednern, d. h. solchen Leuten, die sich auf Grund der Demokratie durch die politische Urteilslosigkeit der Massen in Stellung hineingespielt haben, die ihre Kräfte übersteigen. Man kann besser sagen: Sie sind in diese Stellungen hineingespielt worden. (*Betriebswirt*, 4. Sem., Int. 109)

Das Reden scheint dieser Gruppe überhaupt im umgekehrten Verhältnis zum Sachverständnis zu stehen. Den Parteileuten geht es um Reklame, sie sind rühmte Trommler für den eigenen Vorteil; den anderen geht es um Rechtfertigung, sie sind tüchtige Sachwalter des allgemeinen Interesses. Während sich die guten Politiker in den Augen dieser Studenten Prädikate wie Sachkenntnis, Nüchternheit, Zurückhaltung und Zuverlässigkeit verdient haben, stehen die anderen im Verdacht billiger Sophisterei — im ganzen Leute, die mit leichter Zunge ohne redliche Arbeit ihr Geld machen:

Ich halte nicht viel vom Reden. Selbst der größte Gauner kriegt bei seiner Beerdigung eine schöne Rede gehalten. (*Sportlehrer*, 11. Sem., Int. 50)

Meistens sind sie wenig von Sachkenntnis getrieben, sondern von irgendwelchen Ideologien herkommend. (*Kristin*, 7. Sem., Int. 113)

Redegewandtheit prädestiniert zur Verschleierung, und Verschleierung dient stets partikularen Interessen:

Das sieht man ja heute, z. B. an den Debatten im Bundestag. Die Vertreter, die die Parteien vertreten, nutzen die Interessen der Allgemeinheit aus, um für ihre Partei zu arbeiten. (*Mediziner*, 13. Semester, Int. 143)

Im allgemeinen sind es doch Fanatiker, so Naturen, die von sich aus fanatisch und rechthaberisch veranlagt sind. Das hängt mit dem Auswahlmechanismus zusammen, daß die Parteien gerade solche Leute gerne hochkommen lassen. Aber diese Eigenschaften sind nicht gerade geeignet, um in sachlicher Hinsicht die Gesellschaft zu ordnen. (*Physiker*, 13. Sem., Int. 126)

Alles in allem geht der Protest der rational distanzierenden gegen eine unnötige Verunreinigung klarer und übersichtlicher Verhältnisse; ihrem Wesen nach reduziert sich Politik auf das Schema wissenschaftlicher Betriebsführung.

Zu dieser Vorstellung von einer Sphäre, deren rationale Organisation und Kalkulation durch Parteiinteressen, durch Willkür und Neigung, menschliche Schwäche, kurzum Zufälligkeiten gestört werden, stimmt auch das Bild vom Gebaren der Presse. Ideal wäre so etwas wie ein naturwissenschaftlich getreu berichtender Informationsdienst, frei von den Trübungen und Verfälschungen subjektiver Impulse:

Korrekte Information, die gibt es gar nicht, weil es keinen neutralen Menschen gibt. Sie bringen Tatsachen immer nur durch ihre Brille. (*Kunsthistorikerin*, 6. Sem., Int. 103)

Ich glaube, alle Zeitungen, auch sogenannte überparteiliche, und auch der Rundfunk sind irgendwie Partei. (*Betriebswirt*, 14. Sem., Int. 29)

Hinsichtlich der aktuellen Ereignisse fehlt in allen Publikationen, die ja auf Effekt abgestellt sind, der Hintergrund. (*Betriebswirt*, 7. Sem., Int. 60)

Aber »Hintergrund« hat im Munde der rational distanzierenden eine andere Bedeutung als bei irrational distanzierenden. Sie vermessen den Hintergrund des sachlichen Zusammenhangs, in dem Einzelheiten erst beurteilt werden können, und vermuten nicht etwa einen Hintergrund von Intrigen, das Geschäft von Dunkelmännern und Dämonen. Wo die Informationen gefärbt sind, liegt das an der »Subjektivität« der Journalisten und nicht an der Verdächtigkeit der politischen Sphäre als solcher. Ja eine Reihe dieser Befragten rechnet bereitwillig Informationstrübungen und Sperren auf das Konto von Ressortgeheimnissen; es gehört eben zum politischen Handwerk, daß gewisse Nachrichten im Interesse der Sache nicht an die Öffentlichkeit

dingen, andere wiederum zu kompliziert sind, als daß sie von Außenstehenden verstanden werden könnten:

Was wirklich in der Politik geschieht, kann kein großer Kreis wissen. So werden auch die Informationsmittel nicht alles erfahren oder gefälscht erfahren. (*Mediziner, 13. Sem., Int. 143*)

Natürlich muß die Regierung gewisse Geheimhaltungsbestimmungen haben, das ist ja klar. So werden auch gewisse Falschmeldungen, Vermutungen usw. aufgenommen. (*Philologe, 5. Sem., Int. 141*)

Dieses Argument kann schließlich zum Verzicht auf das Recht der öffentlichen Information überhaupt führen:

Weil notwendigerweise wirkliche politische Entscheidungen niemals in der Öffentlichkeit getroffen werden können, weil die dann praktisch in ein Sprechen-zum-Fenster-hinaus ausarten würden, das heißt also: Ich verlange die vollständigen Informationen gar nicht. (*Betriebswirt, 4. Sem., Int. 109*)

Einerseits erscheint Politik als Sphäre rationaler Verwaltung, arbeitsteilig organisiert und insofern Sache der Spezialisten. Dem würde ein Informationsdienst angemessen sein, der teils Expertise, teils Bulletin ist: die Expertise braucht den Staatsbürger so wenig zu interessieren wie den Fachmann die Fachzeitschrift eines fremden Ressorts; das Bulletin hält ihn über das Nötigste auf dem Laufenden, braucht ihn aber nicht in alles einzuweißen. Auf der anderen Seite ist die politische Sphäre heute nicht das, was sie sein sollte. Sie ist durch Partei- und Gruppenegoismus getrübt, nicht minder parteilich ist die Presse. Darum scheint es diesem Typ geboten, sich an den Quellen zu informieren und zu versuchen, die Zusammenhänge zu erfassen. Politik erhält damit einen eigentümlichen Stellenwert: gemacht wird sie von denen, die dafür zuständig sind; während sich die anderen um eine möglichst korrekte Information über das Bemühen, was jene machen. Die Haltung, zusammengekommen mit dem Erscheinungsbild der Politik, hat in der Tat etwas von jener Rationalität, die man gern dem Spezialisten unterstellt.

Der lebensgeschichtliche Hintergrund der rational Distanzierten ist, im Vergleich zu dem der irrational Distanzierten, eher glatt, von einer gewissen Ausdrucklosigkeit, ohne Risse; ähnlich dem der Indifferenten, nur eben unter umgekehrten Vorzeichen: wie für diese »Bindung«, ist für jene Unabhängigkeit selbstverständlich. Die rational Distanzierten leben in einer fertigen, in einer »geschlossenen« Welt. Bei diesem Typ finden sich denn auch, mehr als bei jedem anderen, Befragte mit ausgeprägt pragmatischer Berufsorientierung: nicht als ob die Erwartungen niedrig wären; aber der Beruf gilt in erster Linie als Mittel zum Zweck, nur als Job, der der sich auszahlen, für die Befriedigung privater Interessen genügend abwerfen muß.

Die *Lebensorientierung* dieses Typs ist wie die des irrational Distanzierten auf den kleinen Kreis abgestellt. Aber während bei diesem ein teils schmerzlicher, teils trotziger Rückzug aus der Sphäre der Krisen und der Katastrophen vorherrscht, präsentiert sich der Konkrektismus des rational Distanzierten mit der Selbstverständlichkeit eines längst etablierten, eines normalen Zustandes: er gehört zur arbeitsteiligen Gesellschaft selber. Man lebt in der Tat vom Selbstbewußtsein einer regenerierten Bürgerlichkeit. Die Sekurität in Familie und Beruf ist fraglos geworden. Von zaghaften Wünschen: »Ich möchte ein eigenes Büro, möchte gerne mal eine Familie haben«, reicht die Skala bis zur forschenden Lebensplanung. Man hat es geschafft,

... wenn ich ein eigenes Häuschen habe und eine nette Familie, und die wirtschaftlichen Verhältnisse sichergestellt sind, so daß sie einen vernünftigen Lebensstandard ermöglichen. (*Physiker, 13. Sem., Int. 126*)

... wenn ich verheiratet bin, unser Grundstück übernommen habe, planmäßiger Studientat bin, und wenn ich rechnen kann: so und so wird es kommen, dann kann nicht mehr daran gerüttelt werden. (*Sportlehrer, 11. Sem., Int. 50*)

So ist der Stellenwert, den Politik im Lebenshaushalt der rational Distanzierten einnimmt, recht plausibel: einerseits leugnet man die Vernichtung des privaten mit dem politischen Bereich nicht ganz; andererseits fühlt man sich privatim durch politische Ereignisse doch nicht betroffen. Der Politiker erscheint als Spezialist unter anderen, die politische Sphäre als ein Funktionsbereich, sei es als ein besonders wichtiger, sei es als einer unter anderen. So meint ein Volkswirt, daß Politik in dem Maße zum »anständigen Leben« verhelfen könne,

... in dem man Einfluß darauf bekommt; oder daß man vertrauensvollen Leuten sein Vertrauen schenkt: Die werden es dann schon richtig machen. (*Volkswirt, 8. Sem., Int. 125*)

Derselbe Befragte überlegt sich die Auswirkungen einer möglichen künftigen Diktatur folgendermaßen:

Auf jeden Fall bedeutet sie etwas Unertügliches im Geistigen. Es fragt sich, wie sich das praktisch auswirken wird. Man brauchte im Nationalsozialismus keine Schwierigkeiten zu haben, wenn man nichts sagte. Diese Möglichkeit besteht ja. Also praktisch braucht sie sich gar nicht auszuwirken.

Ähnlich andere Befragte:

Ja, für mein geistiges Wohlbefinden ... aber wirtschaftlich, glaube ich, würde sich nicht viel ändern. (*Physiker, 13. Sem., Int. 126*)

Nein, habe so etwas noch nicht überlegt. Sie fahren ja schwere Geschütze auf. Mein Studium gilt ja ganz unabhängig von der Regierung. Als Arzt ist man nur freiberuflich tätig. (*Mediziner, 7. Sem., Int. 144*)

Der rational Distanzierte lebt in dem Bewußtsein, daß durch das Leben der Gesellschaft ein Schnitt gelegt ist, ähnlich dem, der den Tag des Berufstätigen in Arbeitszeit und Freizeit teilt. Politiker sorgen, wie die Funktionäre anderer Berufssparten auch, für so etwas wie die äußeren Voraussetzungen, aber das »ansändige Leben« beginnt, gleichsam nach Dienstschuß, in einer anderen Welt:

Politik hat keinen Einfluß darauf, auf das erfüllte Leben. Politik kann die äußeren Voraussetzungen dazu schaffen, indem sie die Menschen in eine zum Frieden geeignete Umwelt führt. (*Philologe, 5. Sem., Int. 141*)

— und das, sollte man meinen, ist schon ein totaler Eingriff ins Private, statt dessen schließt dieser Student mit dem Wort: »aber großen Einfluß hat sie nicht«. Auf die Frage nach der Übereinstimmung von persönlichen Interessen und den Interessen der Allgemeinheit meint ein anderer:

Mein persönliches Interesse bezieht sich in erster Linie auf meinen ganz speziellen persönlichen Kreis, Familie, Beruf, und hat insoweit mit der Allgemeinheit nichts zu tun. (*Physiker, 13. Sem., Int. 126*)

Mit diesem peripheren Stellenwert der Politik geht ein *Mangel an Handlungsbereitschaft* zusammen, den dieser Typ wiederum hinter dem Gestus der Objektivität verbirgt: man muß nur objektiv sein, die Fachleute tun das übrige. Sollte sich jeder einzelne um Politik kümmern?

Kümmern sollte er sich darum, um seine Urteilsfähigkeit zu bewahren, aber politisch betätigen, im aktiven Sinne einer Partei, erscheint mir nicht unbedingt notwendig. (*Betriebswirt, 7. Sem., Int. 60*)

Und ein anderer, nach seinem politischen Interesse befragt:

Nicht mehr als nötig (*Was ist nötig?*). Nötig ist, daß man sich ein unparteiisches Bild von den politischen Ereignissen machen kann. Das wird wohl nie ganz gelingen, aber man soll danach streben. (*Philologe, 6. Sem., Int. 41*)

Man muß bestrebt sein, eine vorurteilsfreie Meinung zu bilden. (*Philologe, 5. Sem., Int. 141*)

Inkompetenz ist die Kehrseite solcher Objektivität. Man beruht sich dabei, »daß man eine gewisse Informiertheit aufweist, wie die Dinge nun einmal liegen«. Was geschieht, liegt in den Händen der anderen.

Na ja, vor allen Dingen ist dabei wichtig, daß das die Elite tut, weil die ja letzten Endes den Extrakt ziehen soll. (*Physiker, 5. Sem., Int. 17*)

Die rational Distanzierten verweisen auf ihre Unzuständigkeit und können sich politische Aktivität nur als professionelle vorstellen:

Ich persönlich habe wenig politische Ambitionen. Ich habe einen aktiven Freund. Das lehne ich natürlich nicht ab. (*Philologe, 9. Sem., Int. 153*)

Parteinigenschaft scheint bereits die Laufbahn eines Berufspolitikers zu präjudizieren. Ein Student ohne dergleichen »Ambitionen« soll sich auf seine Ausbildung beschränken und nicht versuchen, politisch Einfluß zu gewinnen.

Ich persönlich glaube, man sollte erst rein objektiv einen Überblick zu gewinnen suchen; und das durch Ausbildung. (*Volkswirt, 8. Sem., Int. 125*)

Die Objektivität würde bedroht, wenn man sich in den Parteienkram einmische. Und ein anderer verweist auf die bestehenden Organisationen an der Universität, als wollte er sagen: auch für Studenten, die sich politisch beteiligen wollen, ist doch längst Vorsorge getroffen: ... es gibt doch politische Studentengruppen, die üben schon einen gewissen Einfluß aus. (*Physiker, 13. Sem., Int. 126*)

Freilich kommen ihm sogleich Zweifel, ob nicht dadurch die sinnvolle Arbeitsteilung zwischen denen, die für Politik da sind, und den übrigen gefährdet wird: »... es ist nur die Frage, ob sie das tun sollten«.

Im Hinblick auf Situationen wie die »Machtergreifung« von 1933 spricht der rational Distanzierte von der Organisation des politischen Apparates, von der Konzentration der Macht an wenigen Kommandostellen und versieht die Ablehnung eigener politischer Initiative mit dem Vorbehalt: es sei denn, man hat eine einflußreiche Stellung.

Das kommt auf die soziale Stellung an, die man hat; ein Fabrikarbeiter kann einzeln gar nichts tun. (*Volkswirt, 8. Sem., Int. 125*)

Dieser Vorbehalt freilich steht im Irrealis:

Sonst müßte man in einer oberen Position sitzen, um irgendeinen gewalttätigen Einfluß auszuüben. Das war ja auch 44 so... Ich müßte mich in einer Stellung befinden, die mich in die Lage versetzte, was zu tun. (*Physiker, 1. Sem., Int. 42*)

Auch solche Überlegungen scheitern an der charakteristischen Ecke: »...zum Parteipolitiker würde ich deswegen doch nicht werden«. Überhaupt geht es den Befragten dieses Typs in einer kritischen Situation eher um Ruhe und Ordnung, um die Wiederherstellung der

Politik als einer rationalen Verwaltung, denn um eine bestimmte politische und gesellschaftliche Verfassung:

Als einzelner kann man da nicht viel unternehmen. Wahrscheinlich würde ich solange wie möglich meinen Geschäften nachgehen. Jedenfalls werde ich mich nicht als Konterrevolutionär mit der Pistole in der Hand betätigen. Es kommt darauf an, in welchen Beziehungen man zu denen steht, die in irgendeiner Weise Machtfaktoren darstellen. (*Betriebswirt, 7. Sem., Int. 60*)

Ein Lehramtskandidat bringt den Habitus der rationalen Distanzierung auf die Formel: »Neutral ist immer noch das Idealste.«

Neutralität gegenüber den politischen Alternativen, Objektivität in der politischen Information und das Bewußtsein der Inkompetenz, das vor verbundelter Beteiligung schützt, bestimmen diesen Habitus.

4. Die naiven und reflektierten Staatsbürger

Staatsbürgerlich sind diese Typen nur in dem Sinne, daß sie sich von vornherein als Teil des politischen Zusammenhangs verstehen. Nichts besagt dieses Attribut über die Einstellung zum Staat in seiner gegenwärtigen Gestalt. Staatsbürgerlichkeit in diesem Verstande ist darum nicht schon mit einer demokratischen Haltung, gar mit einem ausdrücklichen Votum für die parlamentarische Demokratie gleichzusetzen. Zunächst soll damit nur ausgedrückt werden, daß sich Befragte dieser Typen dem öffentlichen Bereich gewissermaßen integriert fühlen, ihm gegenüber jedenfalls weder in Distanz noch in bloßer Indifferenz verharren.

Das zeigt sich auf den ersten Blick an der hohen Selbsteinschätzung des politischen Interesses: man unterhält sich häufig über Politik, ist sehr daran interessiert; nennt auch Politik, bevor das Interview darauf Bezug nimmt, spontan.

In der Schule hat man sich unterhalten:

Meistens über aktuelle politische Fragen. (*Jurist, 1. Sem., Int. 51*)

Meist über die Fächer:..., dann aber auch über Ereignisse der Politik. (*Philologe, 2. Sem., Int. 68*)

Wir sprachen auch über politische Tagesereignisse. (*Philologe, 1. Sem., Int. 54*)

Im Bekantenkreis unterhält man sich:

über Persönliches, das Studium, die Politik... (*Geograph, 1. Sem., Int. 45*)

Ziemlich viel über Theater. Denn einige sind begeistert davon. Über Politik auch. (*Chemiker, 8. Sem., Int. 79*)

Und zu Hause:

An sich über alles, über Studium und auch über Politik, da sind wir manchmal gegensätzlicher Meinung. (*Mathematiker, 5. Sem., Int. 33*)

Aus dem Berufsleben meines Vaters, Zeitungsartikell; an erster Stelle stehen die literarischen Dinge. Weiter politische Ereignisse der Vergangenheit und der Gegenwart... heute kann man sich ja diesen Dingen nicht verschließen, wo so wichtige Fragen wie die Wiedervereinigung auf dem Spiele stehen. Gerade in diesem Punkt wird man, wenn man hundertmal dasselbe hört, kritisch und fragt sich, wie ist es wirklich? (*Jurist, 1. Sem., Int. 100*)

Der Sozialkundeunterricht ist gut in Erinnerung; und wo man versteht, nichts »mitbekommen« zu haben, wird die Schuld nicht auf den Lehrer abgeschoben: »Ja, er war gut, aber ich habe davon nicht viel behalten, wohl aus eigener Schuld.«

Politische Interessen werden lebhaft bejaht; einer bringt sie mit dem Interesse für Geschichte überhaupt zusammen:

Die Menschen haben viel zu wenig Sinn, aus der Geschichte Lehren zu ziehen. Ich versuche immer, aus der Geschichte Rückschlüsse auf die jetzige Politik zu ziehen. (*Jurist, 2. Sem., Int. 39*)

Man sieht sich in der Position des Beteiligten,

... insofern, als ich mit anderen diskutiere und zu Fragen, die mich beschäftigen, unter Umständen auch publizistisch Stellung nehme... ich fühle mich mit dem Ganzen sehr lebendig in Verbindung, weil ja jeder einzelne das Ganze ermöglicht — also bin ich beteiligt. (*Philologe, 1. Sem., Int. 14*)

Das ist exemplarisch die Schlussfigur solcher staatsbürgerlichen Integration. Ein anderer behauptet für sich mehr als die Rolle eines bloßen Zuschauers mit dem Argument, daß er seine Meinung ja auch vertritt. Freilich finden sich in den Protokollen der naiven Staatsbürger auch zurückhaltendere Stellungnahmen:

Ich wähle ja immerhin und vergewissere mich. Sie ist mir jedenfalls nicht gleichgültig, die Politik. (*Betriebswirt, 11. Sem., Int. 31*)
Man wird ja so über die Universität und die Schule dazu erzogen, Politik bewegt doch eigentlich jeden. (*Betriebswirt, 9. Sem., Int. 5*)

Der Unterschied nun, der sich zwischen naiven und reflektierten Staatsbürgern ergibt, liegt nicht eigentlich bei der mehr oder minder starken Betonung des eigenen politischen Interesses, liegt überhaupt nicht bei dem, was die Befragten vom Maß ihrer Integration in den öffentlichen Bereich meinen. Denn in ihrer Meinung stimmen sie im großen und ganzen überein. Aber der Stellenwert der Politik auf der einen und das Bewußtsein von ihm auf der anderen Seite fallen auseinander: der naive Staatsbürger bildet sich bloß ein, was der reflektierte wirklich ist — einer, der am politischen Leben teilnimmt. Wohl meinen beide, sie seien mit Staatsbürgerrollen ausgestattete Privatleute, die sich gewissermaßen selbständig in einer nach wie vor inaktiven Sphäre der Öffentlichkeit nach demokratischen Spielregeln

verhalten können. Doch reflektiert der eine Typ, was der andere naiv hinnimmt.

Die politische Sphäre erscheint dem reflektierten Staatsbürger vorab unter dem Aspekt konkurrierender Interessengruppen. Politik soll ein geordnetes Zusammenleben ermöglichen »und damit einen Inneressenausgleich schaffen«. Das Verhalten der Partner auf dem Markt, das Ausbilden des Kaufvertrages, in dem den Interessen wechselseitig »Rechnung getragen« wird, wird nach guter liberaler Tradition auch aufs politische Feld übertragen: das Parlament, der politische Markt, und die parlamentarische Diskussion, das politische Handelsgespräch, gelten als Essenz des politischen Geschäftemachens:

Es liegt im Wesen der Politik, verschiedene Anschauungen zu diskutieren, verschiedene Ideen zu vereinigen, so daß sie Bedürfnissen eines möglichst großen Teils der Menschen Rechnung tragen. (Philologe, 1. Sem., Int. 73)

Freilich weiß man, daß die »Diskussion« aus dem Parlament herausgetragen und vor seinen Toren zwischen organisierten Interessengruppen und Parteien geführt wird. Daher komme es in der Politik auf gute Beziehungen an und auf Rückendeckung durch mächtige Gruppen:

Die Interessengruppe kann sich auf ihre Vertreter im Bundestag verlassen. Man wird nicht wieder gewählt, wenn man nicht nach der Pfeife tanzt. Aber soweit man nicht organisiert ist, wie z. B. die Hausfrauen, kann man sich überhaupt nicht auf diese Leute verlassen. Es kommt ganz auf die Macht an, die der außerhalb der Politik stehende Verband auf die Politik hat. (Betriebswirt, 10 Sem., Int. 104)

Politiker sind Menschen wie alle anderen auch. Das politische Geschäft ist nicht schmutziger als die übrigen Geschäfte. Moralische Beurteilung scheint ganz fehl am Platze. Man muß die Dinge nehmen, wie sie sind.

So verfolgen diese Studenten zunächst einmal ihre unmittelbaren Interessen:

Ich glaube, daß es in gewisser Hinsicht für die Studenten notwendig ist, eine politische Einstellung zu haben. Es kommen ja jetzt gerade so viel Verordnungen, Gesetze heraus, die unmittelbar das Studium betreffen, z. B. die Studiengeldfreiheit. (Jurist, 3. Sem., Int. 138)

Derselbe Befragte begründet denn auch seinen Plan, später einer Partei beizutreten, ganz nüchtern:

... weil ich mir denke, daß gerade diese Partei für mich unter den anderen Interessengruppen am besten ist. Ich gehe nur von mir aus.

Freilich ist dieses »ich gehe nur von mir aus« nicht mit der Ichbezogenheit der Indifferenzen zu verwechseln. Das realistische Gebaren der »Staatsbürger« und ihr Interessengemischtsein zeugen vielmehr von einem know how, einer Vertrautheit mit dem öffentlichen Bereich, die voraussetzt, daß man sich des politischen Apparates zu bedienen und Politik auf sich selber anzuwenden weiß.

Dem naiven Staatsbürger erscheint hingegen die politische Sphäre eher als die einer staatsmännischen Ordnung, in der große Männer würdig und kraftvoll zugleich die Geschicke lenken:

Politik soll die Voraussetzung schaffen, um ein Gremium zu bilden, das Volk zu leiten, um Spannungen in Volk und Staat abzustimmen, um die Stellung unseres Landes gegen andere Länder zu behaupten. (Jurist, 5. Sem., Int. 131)

Der Ton liegt auf der staatsmännischen Behauptung des Gemeinwesens, auf der »großen« Politik. Politik ermöglicht ein »Zusammenleben der Völker im großen«, Politik hält »Ruhe und Ordnung innerhalb des Volkes aufrecht«. Sie ist Privileg der »tonangebenden Leute«. Um ein erfolgreicher Politiker zu sein, kommt es auf Bildung, Verhandlungsgeschick, vor allem auf »überragende Persönlichkeit« an. Leicht verschiebt sich dieser Aspekt der weisen Ordnung zu dem einer verrauenswürdigen Fürsorge; Politiker gewinnen patriarchalische Züge:

Im allgemeinen kann man sich sehr auf sie verlassen. Es sind verantwortungsbewußte Menschen. Ich glaube nicht, daß sie leichtfertig sind. Sie wissen, welche Verantwortung sie tragen. Sie versuchen, auch unter persönlichen Opfern, nach bestem Gewissen Politik zu machen. (Jurist, 3. Sem., Int. 138)

Als demokratisch legitimierte Fürsorge erscheint Politik den naiven unter den Staatsbürgern. Dieses Bild vereinigt beide Momente: ein System, das seine Bürger betreut und ihnen im Ernst politische Initiative erspart, sie aber im Bewußtsein läßt, eigentlich die Träger des Systems zu sein.

Gemeinsamkeiten und Unterschiede des reflektierten und des naiven Typs treten deutlicher auf ihrem Lebenshintergrund hervor. Ihre Situation ist nicht so »glatt« wie die der Unpolitischen und der rational Distanzierten; unter ihnen befinden sich mehr Berufstätige, die selber als Arbeiter oder mit Arbeitern zusammen beschäftigt waren, als in den bisher geschilderten Gruppen. Andererseits zeigen sie selber als die irrational Distanzierten Spuren der Erschütterung durch politische Schicksale. Gemeinsam ist den beiden Typen sodann eine verheißene Übereinstimmung mit den religiösen Dogmen und Institutionen.

Unter reflektierten Staatsbürgern ist eine bestimmte Familiensituation typisch ausgeprägt — die einer normalen Ablösung vom Elternhaus. Die Befragten haben ihre Selbstständigkeit bereits gewonnen; sie fühlen sich in ihren Meinungen und Entscheidungen von zu Hause unabhängig. Generationsunterschiede werden nüchtern konstatiert, und womöglich auch erklärt:

Der Vater ist in einer anderen Zeit aufgewachsen und sieht manches anders... heute, nach zwei Weltkriegen, ist man in vielen Dingen freier. (*Betriebswirt, 12. Sem., Int. 26*)

Zu Spannungen kommt es nicht; jeder handelt am Ende so, wie er es für richtig hält. Über eine solche selbstständige Haltung gegenüber der Familie verfügen die naiven Staatsbürger seltener.

Die Unterschiede zwischen beiden Typen treten deutlicher hervor, wo die Lebenshematik und der Stellenwert, den Politik darin einnimmt, zur Sprache kommen. Bei den reflektierten Staatsbürgern wird zum erstenmal der Konkreismus (aller Schattierungen) durchbrochen. Die Zukunft erscheint nicht als ein Leben unter der Käseglocke; nicht so, wie es uns die vielfältigen Personalisierungen der Konsumsphäre nahelegen: als gäbe es nur noch private Schicksale, den Menschen unmittelbar. Zu einem »anständigen Leben« gehört für den reflektierten Typus

... eine einigermaßen gesicherte Position im Beruf, eine Familiengründung — und natürlich, daß man in einem freiheitlichen Rechtsstaat lebt. (*Jurist, 3. Sem., Int. 71*)

Dabei darf nicht vergessen werden, daß die politische Orientierung auch beim reflektierten Staatsbürger die Lebensgedichte keineswegs beherrscht. »Staatsbürger« heißt dieser Typus zu Recht: er ist »nur« ein Staatsbürger, der versucht, seine Rollen als *homme* und *citoyen* im Gleichgewicht zu halten. Einer bringt dieses Gleichgewicht der privaten und der politischen Lebensorientierung auf die Formel:

... eben ein vernünftiges Mitglied der Gemeinschaft zu sein, und dabei nicht auf die Annehmlichkeiten des modernen Lebens verzichten. (*Betriebswirt, 2. Sem., Int. 22*)

Von »Integration« in den öffentlichen Bereich wird hier also stets unter dem Vorbehalt gesprochen, daß man sich *auch* im Zusammenhang des politischen Geschehens weiß; aber das Gewicht, normalerweise das Übergewicht der persönlichen Lebenshematen, geht mit in diesen Stellenwert der Politik ein: Staatsbürger sein ist etwas Zusätzliches, eine Auflage. Dabei ist die private Lebensgeschichte mit dem politischen Geschehen durchaus vermittelt. Man geriert sich nicht nur als politisch Interessierter, man realisiert auch die objektive

Bedeutung politischer Ereignisse noch für die privateren Bezirke. Schon die Selbstschätzung des politischen Interesses ist von diesem Verständnis durchdrungen. Kein ungebrochenes Selbstbewußtsein, aber eine besonnene Zuwendung zur Politik, der oft die vorangegangene Überwindung innerer Widerstände anzumerken ist; ein Moment der Reflexion hebt den Schleier von Deklamation, der über den Versicherungen naiver Staatsbürger liegt.

Interesse ist da vielleicht nicht das Richtige, allerdings auch keine Liebe zur Politik. Vielleicht sagt man doch besser Interesse. Die Suex-Krise kann einen schon betreffen, wenn man kein Benzin mehr hat. Oder selbst wenn man mit einer Wasserstoffombe rechnen kann... Ich weiß zwar, daß ich daran nichts ändern kann, aber ich nehme sie doch nicht als etwas Gegebenes hin. (*Betriebswirt, 2. Sem., Int. 22*)

Desgleichen stehen die Konsequenzen des politischen Umsturzes zugunsten einer Diktatur klar vor Augen. Das ganze tägliche Leben würde sich ändern:

Ganz entschieden, ich wäre beruflich vollkommen gebunden, ... man könnte soweit gehen, den Beruf aufzugeben. Die allgemeine Bewegungsfreiheit, die Meinungsfreiheit wären aufgehoben. (*Wirtschaftspädagoge, 8. Sem., Int. 169*)

Man wäre gezwungen, entweder mitzumachen oder eine Seiltänzeri zu vollführen; und ich weiß nicht einmal, ob das sehr lange möglich wäre. (*Historikerin, 9. Sem., Int. 18*)

Der reflektierte Staatsbürger durchschau die Verzahnung des politischen und des persönlichen Geschehens. Ein Wirtschaftspädagoge pointiert das Bewußtsein der Interdependenz, aus dem die Befragten dieses Typs, auch wo es ein Hintergrundbewußtsein bleibt, sprechen:

Politik bedeutet ja Teilnahme am Gesellschaftsleben, und in irgendeiner Form nimmt ja jeder am gesellschaftlichen Leben teil, und treibt, ob er will oder nicht, Politik. Es sei denn, er schließt sich von der Gesellschaft aus; genau genommen, treibt er auch dann noch Politik. (*Wirtschaftspädagoge, 7. Sem., Int. 15*)

Den naiven Staatsbürgern fehlt solche Einsicht. Mit ihrer staatsbürgerlichen Integration hat es in Wahrheit nicht allzuviel auf sich. Ihr politisches Interesse ist ein wenig aufgesetzt. Die Befragten dieses Typs stellen sich ihren Lebenslauf gewissermaßen geschlossen vor, ohne die Furcht der irrational Distanzierten vor den Nackenschlägen eines blinden Schicksals, aber auch ohne die Reserve der reflektierten Staatsbürger, die ihre Lebensgeschichte stets auch untern Aspekt der politischen Verhältnisse betrachten.

Der Horizont der Lebenspläne ist bescheiden und handfest. Es kommt im wesentlichen darauf an,

daß man so viel verdient, daß die Möglichkeit besteht, sich ordentlich zu kleiden, ein kleines Seidenpferd zu reiten und daß der Lebensunterhalt gesichert ist, auch der spätere, die Rente, die Altersversicherung. (*Jurist*, 3. Sem., *Int.* 138)

Die Familie gilt heute als das, was für den selbständig Gewerbetreibenden einmal das Geschäft war. »Jeder will doch eine Familie gründen« (*Jurist*, 2. Sem., *Int.* 161). Man spricht von der erfolgreichen Familienbildung wie von der Gründung eines Unternehmens und davon,

... daß man die Frau ernähren kann und ihr ein geborgenes Dasein bieten kann. (*Volkswirt*, 3. Sem., *Int.* 58)

Die naiven Staatsbürger teilen im wesentlichen die privatisierte Lebensorientierung der rational Distanzierten. Trotz der staatsbürgerlichen Deklamationen sind Politik und Lebensgeschichte subjektiv hier so wenig vermittelt wie dort.

Die Integration verrät ihren illusionären Charakter beispielsweise daran, daß man soeben ein großes Interesse an Politik beteuert hat, wenig später aber, bei der Frage nach den Konsequenzen einer Diktatur, erklärt:

Das weiß ich nicht, das käme auf die Diktatur an. (*Sportlehrer*, 7. Sem., *Int.* 102)

Es käme darauf an, ob die Diktatur in mein eigenes Leben eingreifen würde, sonst wäre es mir egal. Das mag egoistisch klingen. (*Betriebswirt*, 6. Sem., *Int.* 99)

Ein Jurist begründet sein hohes Maß an politischem Interesse zunächst nach dem Kanon des »guten Staatsbürgers«:

Man ist ja von der Politik persönlich ziemlich stark betroffen. Das Interesse wird einem direkt aufgezungen. Ich glaube, ich bin sehr daran interessiert. (*Jurist*, 5. Sem., *Int.* 160)

Aber schon im übernächsten Satz heißt es: Er glaube, daß sich sein Leben unter einer Diktatur nur dann ändern würde, »wenn ich mit an der Spitze stehe«. Die objektive Distanzierung dieser Befragten zum öffentlichen Bereich, die sich subjektiv hinterm Schleier einer staatsbürgerlichen Integration versteckt, wird von der Verlegenheitsformel »irgendeine Funktion muß Politik ja haben« am ehesten getroffen.

Auch die Wahlüberlegungen dieses Typs haben meist den Gestus rational distanzierter Objektivität, der Unverbindlichkeit tarrn. Der naive Staatsbürger erfüllt sein demokratisches Soll; er insistiert hart-

näckig auf die Wahl als einer Bürgerpflicht; noch die Rede vom Recht des Staatsbürgers hat den Klang von höherer Verpflichtung.

Das ist doch klar, warum ich gewählt habe. Wenn man dieses Recht schon hat, das ist doch keine Pflicht, das ist doch eine Ehre. (*Philologe*, 2. Sem., *Int.* 68)

Doch sind die Wahlentscheidungen dieses Typs keine Parteinahme, nicht eigentlich Entscheidungen, die einer Tendenz praktisch zum Durchbruch verhelfen wollen:

Diesem Hin und Her zwischen Adenauer und Ollenhauer kann man ja auch nicht ganz trauen. Ich kann bei der einen und bei der anderen Partei Richtiges finden, aber bei einer allein finde ich nicht alles gut. Z. B. hat ja auch die KPD und die NSDAP manches Gute gebracht. (*Betriebswirt*, 9. Sem., *Int.* 5)

Es geht darum, überhaupt zu wählen, dabei zu sein, und sei es um den Preis, daß der Sinn der Wahl, nämlich die Parteinahme für das eine und gegen anderes, ganz verschwindet. Die »Stimme« hat sich gegenüber dem, wofür sie stimmen soll, verselbständigt. Gleiches gilt für den Betriebswirt, der seine FDP-Wahl damit begründet, daß in seinem Wohnort ein FDP-Zentrum sei — »lauter kleine Unternehmer«. Man wählt eben das, was die meisten ohnehin wählen.

Der nur scheinbaren Integration des naiven Staatsbürgers entspricht bei hoher *Bereitschaft zu politischer Aktivität* eine legalistische Auffassung der eigenen Rolle. Diese Befragten wollen in einer Situation ähnlich der von 1933 »aktiv dagegen angehen«. Auf Nachfrage stellt sich freilich heraus, wie wenig sie den Charakter einer solchen Krise überhaupt begreifen, wie sehr sie politische Aktionen mit denen eines funktionierenden Staatsapparates gleichsetzen:

Ich würde die mir zu Gebote stehenden Mittel einsetzen... als Richter würde ich sämtliche Gesetze, die meinem sittlichen Empfinden widersprechen, umgehen, eventuell auch das Bundesverfassungsgericht anrufen... ich meine, daß man eine solche Entwicklung aufhalten kann, indem man seine Pflicht tut, dafür sorgt, daß die bestehende Regierung sauber arbeitet. (*Jurist*, 5. Sem., *Int.* 160)

In gleicher Harmlosigkeit will ein Wirtschaftspädagoge versuchen, sich an die Öffentlichkeit zu wenden, »mit Hilfe der verfassungsmäßig garantierten Rechte«. Er will die staatlichen Stellen anrufen, »um die politische Aktion des Radikalismus überprüfen zu lassen«.

Reflektierte Staatsbürger hingegen lassen es nicht bei der Deklamation eines späteren Parteibeitritts bewenden, um im Ernstfall doch nur ans Bundesverfassungsgericht zu denken. Auch sprechen sie nicht, wie die

rational Distanzieren, von den einflußreichen Stellen, die man haben mußte. Sie sind frei sowohl vom naiven Optimismus, daß sich noch die verfahrenste Situation bewältigen lassen wird, wenn man nur seine Pflicht tut; wie auch von dem Pessimismus, der alles geschehen läßt, sei es, weil das politische Geschehen ohnehin über die Köpfe der Menschen hinweggeht, sei es, weil man ja doch nicht in den entscheidenden Positionen sitzt. Sie antworten vielmehr besonnen und mit einem gewissen Trotz: man müsse es auf jeden Fall versuchen.

Ganz ohnmächtig wäre man nicht. Es könnte sein, daß alle Bemühungen vergebens sind. Aber unternehmen mußte man etwas. Und dieses Etwas sieht so aus:

Das politische Leben spielt sich ja immer wieder in Parteien ab. Ich weiß nicht genau, ob die bestehenden Parteien in der Lage sind, das abzuwehren. Sie werden sich vielleicht selbst davor spannen. Man mußte Leute suchen, die ähnlich denken, und die dazu bewegen, an einer Stelle mitzuarbeiten, wo Einfluß auf das politische Leben möglich ist. Vielleicht in einer Partei. (*Historikern, 9. Sem., Int. 18*)

Ähnliche Überlegungen stellen die meisten Befragten dieses Typs an. Sie erkennen, daß der organisatorische Zusammenschluß und der Eintritt in bestehende Organisationen die erste und zunächst einzige Handhabe ist, die dem Durchschnittsbürger in einer solchen Situation gegeben ist:

Man mußte selbst irgendwie aktiv dagegen arbeiten, selbst Organisationen aufziehen oder Organisationen betreten. Am gefährlichsten ist, wenn man untätig zuschaut. (*Nachfrage*) Dem sieht man niemals ganz ohnmächtig gegenüber; und wenn man nur Pläne abreißt und Versammlungen stört. (*Jurist, 3. Sem., Int. 71*)

Beim reflektierten Staatsbürger paart sich Einsicht mit Entschlossenheit:

Ich würde alles daran setzen, was die Entwicklung unterbinden könnte (*sehr betont*). Ich würde einer politischen Gruppe sofort beitreten, gleich welcher, ob sie nun konfessionell ist oder nicht, selbst wenn sie antionistisch ist. (*Jurist, 3. Sem., Int. 163*)

Dieser Jurist ist streng katholisch. Seine Haltung grenzt freilich schon an die des politisch Engagierten. Von diesem trennt indes den Staatsbürger, auch den »guten«, stets eine gewisse Befangenheit: er sieht nicht, wie jener, Politik unter dem Aspekt eines riskant zu entscheidenden Prozesses; er realisiert nicht, wie jener, eine Lage, die die politische Beteiligung eines, nach dem liberalen Vorbild, vom homogenen ciroyen nicht mehr gestatet. Was den reflektierten andererseits vom naiven Staatsbürger auszeichnet, ist nicht, daß er im Ernst staatsbürgerliche Beteiligung alten Stils erfüllte, sondern nur:

daß er den persönlichen und den öffentlichen Bereich in Bewußtsein und Verhalten aufeinander bezieht und damit dem objektiven Schein eines selbständigen politischen Prozesses mit einem ersten Schritt entgegentritt.

5. Die politisch Engagierten

Die Altersgruppen sind über die Habitus Typen gleichmäßig verteilt; nur an den beiden Polen gleichsam differenzieren sie: wie die Unpolitischen im Durchschnitt jünger sind, so finden sich unter den politisch Engagierten häufiger ältere Studenten. Auch ihr Lebenshintergrund hebt sich gegen die Ummündigungssituation der Unpolitischen am schärfsten ab: sie teilen mit den reflektierten Staatsbürgern typisch eine unabhängige und selbstbewußte Stellung gegenüber der Familie; sie nennen auf die Frage nach den Motiven ihres politischen Interesses, im Vergleich zu allen anderen Typen, insgesamt mehr an objektiven Einflüssen, beispielsweise der Schule, der Kriegs- und Nachkriegsergebnisse, nicht zuletzt des Elternhauses. Die Befragten dieses Typs kommen häufiger aus Familien, in denen der Vater politisch besonders interessiert ist, in denen auch politische Gespräche und Auseinandersetzungen mit einer gewissen Selbstverständlichkeit geführt werden.

Zwei Gruppen lassen sich unterscheiden: die *Politisierten* sind im engen Sinn aufs Politische, auch auf Politik als Beruf bezogen. Noch ihr privater Lebenshaushalt wird vom politischen Interesse, von Erfahrungen und Plänen bestimmt, die ganz dieser Sphäre zugehören. Die *weltanschaulich Engagierten* hingegen sind zunächst einmal an Problemen interessiert, die weit über den politischen Bereich hinausreichen, als deren Anwendungsfall sich Politik dann erst ergibt. Auch ihr persönlicher Lebensbereich steht stärker unter Geboten einer theoretischen, auf Totalität bezogenen Haltung, frei von den praktischen, zuweilen pragmatischen Zügen der Politisierten. Interessen und Intentionen beider Typen weisen, bei gleicher Intensität der Beteiligung, fast möchte man sagen: *Identifikation mit dem öffentlichen Bereich*, auseinander.

Einen ersten Anhaltspunkt gibt die Berufsorientierung: während die Politisierten nämlich in ihren Erwartungen ungebrochen sind und an ihren künftigen Beruf hohe Ansprüche stellen, sind die weltanschaulich Engagierten häufiger an »inneren Zielen« orientiert oder lehnen es — wie die irrational Distanzierten — überhaupt ab, dergleichen irgend voraussetzen zu können: Sie leben in einem offenen Horizont. Zwar nennen beide, bei fast allen indirekt gebotenen Gelegenheiten, spontan Politik, interessieren sich für Geschichte und Zeitgeschehen,

aber die einen haben dabei, grob gesprochen, Tagesfragen im Sinn, die anderen meinen »Weltanschauung«. Der eine:

Geschichte, Politik, Motorsport, Wassersport... und soweit es meine Freizeit erlaubt, Kriegsberichte. Militärische Dinge interessieren mich ungemein. Mein Vater war Offizier. Und dann noch Abenteuergeschichten und Kriminalromane. (*Betriebswirt*, 4. Sem., Int. 120)

Und der andere:

Da sind einmal schon die Fragen der kirchlichen Lehre und die Fragen der kirchlichen Institution... Dann waren es Fragen des Marxismus und der Wechselbeziehungen zwischen ihm und dem Christentum. Dann noch zeitgeschichtliche Fragen, speziell der Weimarer Republik und des Dritten Reiches, durch Tagungen und eigene Lektüre... ich lese viel und höre Musik. (*Chemiker*, 16. Sem., Int. 90)

Beide sprechen lebhaft und kennnisreich vom Sozialkundeunterricht, die meisten nennen ihn sogar spontan unter ihren Lieblingsfächern; aber beim einen Typ bezeichnet einen festabgezielten Interessen-schwerpunkt, was beim anderen nur in »großen Zusammenhängen« erscheint: Politik rangiert hier so gut wie immer unter philosophischen, religiösen, pädagogischen Gesichtspunkten; das politische Interesse ist Moment allgemeiner Interessen an Kunst und Musik, alten Sprachen und Religion. Bei Politik klingt, nicht nur bei den Humanisten, noch etwas vom übergreifenden Sinn der *politeia* mit, von Anweisungen fürs Leben überhaupt. Während die einen sofort an Parteien und Bundestag denken, daran, wie Politik »gemacht« wird, erklären die anderen, wenn sie auf Parteipolitik angesprochen werden: sie interessieren sich eigentlich mehr für die »ideologische Seite« der Politik, für ... das Ideologische einer Parreiauffassung, das, was die Parteien zu dem gemacht hat, was sie sind, also das ideologische Grundprinzip. (*Jurist*, 7. Sem., Int. 150)

Und wo sie parteipolitische Aktivität erwägen, da geschieht das

... nicht nur so, um politisch tätig zu werden, sondern um die anderen zu tieferen politischen Begründungen zu zwingen. (*Philologe*, 9. Sem., Int. 117)

Während das politische Interesse des weltanschaulich Engagierten zunächst einmal als Teil einer Bildungsgeschichte begriffen werden kann, erscheint das des Politisierten als Teil der Lebensgeschichte un-mittelbar; darum nennen wir diesen Habitus »politisiert«. Einer dieser Befragten ist politischer Flüchtling aus der Ostzone, ein anderer ehemaliger HJ-Funktionär, ein dritter rassistisch Verfolgter; einige kommen aus politisch »heißen« Gebieten: »Ich bin aus dem Saarland, da ist man politischer.« War in Berlin, und da im internationalen

sozialistischen Kampfband.« Oft ist die politische Orientierung durchs Elternhaus vermittelt. Der Vater des einen ist aktiver Gewerkschaftsfunktionär, der Vater des anderen hoher Militär, nach 1945 deklassiert, der Vater des dritten Kommunalpolitiker. Die Politisierung färbt den Lebenshaushalt dieses Typs ganz, sie formiert den Interessenhorizont ebenso wie die Bereitschaft zur Beteiligung, sie setzt sich bis in die Berufspläne hinein durch. In einigen Fällen führt sie zu dem Vorsatz, Berufspolitiker zu werden.

Mein Interesse war schon in der Schulzeit für Politik. Ich wollte Jura studieren als Grundlage für Politik. Ich will Rechtsanwalt werden, mich politisch betätigen. (*Jurist*, 3. Sem., Int. 158)

Ein Lehramtskandidat will zunächst in den Staatsdienst,

... um dann vielleicht auch politisch tätig zu werden... geschafft hab ich's, wenn ich nach meiner Einstellung als Studienrat soweit tätig sein kann, daß ich Ansichten, also in politischer Hinsicht, wirkungsvoll vertreten kann. (*Historiker*, 5. Sem., Int. 46)

Auch wo das politische Interesse nicht geradezu beruflich wird, ist diesen Befragten die hochgradige Vermittlung von persönlichem und öffentlichem Bereich stets gegenwärtig:

Man kann das von zwei Seiten betrachten: Ich stelle mir vor, daß ich in einem Staat lebe, der nach besten Kräften demokratisch regiert wird, daß man ein gutes Zusammenleben mit anderen Völkern hat, daß man in einer entsprechenden Position ist, daß man sich etwas leisten kann. Man muß versuchen, die Welt so zu ordnen, daß für jeden das Beste getan wird, soweit das überhaupt möglich ist. (*Jurist*, 5. Sem., Int. 63)

Die Nähe zur Praxis, zum unmittelbaren Eingreifen, die hier im letzten Satz anklingt, bringt ein Student folgendermaßen zum Ausdruck. Er rechnet zum anständigen Leben zunächst einmal nüttern, daß man anständig gekleidet ist, anständig ißt, anständig wohnt. Dann aber heißt es auf die Frage, wann er im Leben das erreicht zu haben glaubt, was er erreichen möchte:

Das ist noch zu unsicher, weil die materiellen Dinge nicht so stark im Vordergrund stehen. Sie sind für mich nicht das Erste. Was ist für sie das Erste? Für mich ist das Erste eben das Befassen mit diesen sozialen Fragen, mit dem positiven Ziel, einen praktischen Ausgleich zwischen den Einkommensklassen zu erreichen. (*Philologe*, 5. Sem., Int. 83)

Nicht diese inhaltliche politische Tendenz etwa ist für den Typ charakteristisch (ein anderer beispielsweise plädiert für die Wiederherstellung der Monarchie), sondern das unmittelbare Verhältnis zur politischen Praxis, jedenfalls zu einer Praxis mit politischen Folgen;

kurzum eine Ausrichtung des politischen Interesses auf das, was sich möglichst auch »umsetzen« läßt. Daher fehlt diesem Typ jeder Anflug von Organisationsstau: die meisten gehörten sogar studentischen Vereinigungen an, viele politischen Hochschulgruppen, manche sind bereits Parteimitglieder.

Es gehört zu den selbstverständlichen Einsichten dieses politisierten Typs, daß politische Beteiligung für den Durchschnittsbürger nur als parteipolitische irgend Aussicht auf Erfolg hat. Man ist darum bereit, sich jetzt oder im kritischen Fall bestehenden Organisationen anzuschließen; manche glauben, selbstbewußter, einmal einen solchen Apparat in die Hand zu bekommen. Dabei sind ihre Überlegungen auf der Ebene der politischen Organisation und Taktik, auf der Ebendagespolitischer Entscheidungen recht differenziert. So beispielsweise die Wahlüberlegung dieses Juristen:

Die Freie Volkspartei hat einen liberalen Zug, ist persönlichkeitsbestimmt. Sie tritt für die eigene Person ein, ist gegen die Massen Herrschaft mehr als der linke Flügel der CDU oder die SPD. Dann hat sie einen gewissen konservativen Zug, sie hält an den alten Sitten fest, an dem, was an ihnen gut ist. Ohne ein konservatives Element ist ja alles sinnlos... Da aber die FDP nicht durchkommt und insofern jede Stimme, die verlorengeht, den Sozialisten zugutekommt, werde ich CDU wählen. Die Freie Demokratische Partei ist mir zu opportunistisch. Die geht mit den Sozialisten im Grundätzlichen zusammen, nur weil es ihr Vorteil bringt. Die FDP kommt auch aus der linksliberalen Schule. Die Charaktere hatten, die keine Gsinnungslumpen sind, sind aus ihr ausgestreut, haben sich in der DP/FVP versammelt. Leute wie Blücher, der zum Saarvertrag stand, auch als seine eigene Partei dagegen war. Das erfordert Charakter. (*Jurist, 3. Sem., Int. 158*)

Oft geht dieser kenntnisreiche Überblick über politische Konstellationen zusammen mit durchaus pragmatischen Interessen. Dieser selbst Jurist gesteht bei seinem Plan, einer Partei beizutreten,

... daß ein wirtschaftlich opportunistischer Zug dabei sein kann. Als Einzelgänger kommt man nicht zum Zuge. Die Partiemaschine muß einen stützen.

Der opportunistische Zug fehlt hingegen den weltschaulich Engagierten ganz. Nicht als ob sie sich scheuten, notfalls einer Partei beizutreten, aber den Ausschlag gibt letzten Endes doch, »daß man sich für das entscheidet, von dem man innerlich überzeugt ist«. Die Befragten sind zurückhaltender in ihrer Bereitschaft, aber auch verbindlicher. Sie würden in einer Situation wie 1933 einer Partei beitreten, oder »eine Bewegung, eine Gruppe aufziehen, um dagegen zu protestieren«, aber der Protest als solcher ist nicht primär politisch,

er hat die Qualität eines quasi weltschaulich begründeten Imperativs. Derselbe Befragte fährt fort:

... der einzelne kann nicht viel erreichen. Wenn er keinen Widerhall im Volke findet, ist er erfolglos. Etwa wie die Geschwister Scholl. Trotzdem war das notwendig. (*Jurist, 7. Sem., Int. 150*)

Die vorsichtige, aber genuine Bereitschaft zu politischer Aktivität im Ernstfall drückt sich auch in der Stellungnahme dieses Philologen aus:

Ich würde mein Möglichstes tun... im Bereich der Erziehung würde ich vor allem eine Aufklärung der Menschen über die wahren Sachverhalte für notwendig halten, damit sie lernen, die Prozesse zu sehen. Selbstverständlich kann man nicht im Voraus entscheiden, wie man sich verhalten wird. Aber ich würde hoffen, daß meine Kraft durchhalten wird, auch wenn es mir an den Krägen ginge... sobald die Diktatur ausgerichtet ist, ist es schon schwieriger, weil dann keine Organe wie Presse, Rundfunk, und unter Umständen auch keine Meinungsäußerung mehr möglich ist. Aber auch dann, wenn man nicht alleine steht, wenn die Einsichtigen klug genug sind, sich zu organisieren, zu einer Art Untergrundbewegung, dann kann schon was geplant und erreicht werden. (*Philologe, 9. Sem., Int. 117*)

Der Politisierte gibt der politischen Beteiligung vor der Ausbildung selbstverständlich den Vorrang:

Die Studenten sollten sich während ihres Studiums politisch betätigen, in die politischen Hochschulgruppen eintreten. (*Jurist, 5. Sem., Int. 63*)

Der weltschaulich Engagierte will hingegen die praktischen Übungsfahrten durch kritische Distanz ergänzt wissen.

Die Ausbildung sollte im Vordergrund stehen. Man sollte schon Zeit finden, sich politisch zu orientieren, wenn notwendig Einfluß nehmen; aber man sollte wohl nicht schon während des Studiums politische Arbeit leisten. (*Philologe, 9. Sem., Int. 117*)

Hier reproduziert sich gleichsam auf höherer Stufe, was schon den rational Distanzierten auszeichnet: eine Reserve gegenüber dem »Einstiegen«. Dem entspricht das Argument gegen die Parteipolitik und das Votum für die große Linie. Aber während der rational Distanzierte sich von Politik ganz loskaufen will, kommt darin beim weltschaulich Engagierten eine kritische Distanz zum Ausdruck, die ein angemessenes Verhältnis zur politischen Sphäre erst herstellen soll:

Ich möchte einen Unterschied machen zwischen strenger Parteipolitik, für die interessiere ich mich nicht, und der allgemeinen Politik — vielleicht mehr als Wissenschaft, die interessiert mich. (*Mathematiker, 7. Sem., Int. 13*)

Dieser Mathematiker spricht im Bewußtsein der Komplexität politischer Prozesse und der Verselbständigung ihrer Apparate gegenüber den Initiativchancen gewöhnlicher Staatsbürger. Wenn ihn Politik »mehr

als eine Wissenschaft* interessiert, so gewiß nicht darum, weil sie allein zum Material reiner Kontemplation taugte, sondern weil ihm die tagespolitische Oberfläche (Paretpolitik) bloße Erscheinung eines Wesenszusammenhanges dünkt, der begriffen sein will, bevor man ihn im Ernst beeinflussen kann.

Unter diesen Befragten finden sich häufig diejenigen, die es mit der Wissenschaft ernst meinen, die ihre Berufspläne hinter ihrem Studium zurückstellen oder selber Dozent werden wollen. Es finden sich Juristen, die, wie sie es nennen, neben ihrem Brotstudium sich mit Soziologie und Geschichte befassen; Mathematiker, die im Nebenfach Philosophie studieren; Althistoriker, die habe Theologen sind; kurzum Geister, denen das Korsett ihrer Spezialwissenschaft zu eng ist. Dieser Typ ist ansprechbar, er reagiert mehrdimensional, auf minimalen Stimulus mit maximaler Perspektive. Die Beweglichkeit des Gedankens schützt nicht immer vor der Naivität der Amateure, wohl aber vor Stereotypie. Die Vielfalt der Aspekte läßt sich gut am Protokoll eines Kartographen (8. Sem., Int. 146) ablesen. Wir bringen daraus einen Auszug:

»Kann man eigentlich die Welt verbessern; glauben Sie, daß alle Menschen glücklich und ohne Not leben könnten, oder wird es, wie die Menschen nun mal beschaffen sind, im Grunde immer bleiben wie jetzt?«

(Lacht) Wenn es nach mir ginge, ja. Wenn man es real sieht, dann sehe ich keine Aussicht dafür. Die Masse der Menschen ist gleich geblieben. Der Mensch in seiner Charaktereigenschaft läßt sich nicht ändern, selbst wenn er den Willen dazu hat. Es kann sein, daß nach einer gewissen Zeit ein angenehmerer Modus vivendi zwischen den Großmächten sich findet, aber eines Tages kommt der Ausbruch zwangsläufig, aus der Tendenz zur Überbevölkerung, das muß dazu kommen. In 50 Jahren führt das, selbst mit der Atomenergie, zur Überbevölkerung... die Menschen könnten es dadurch verhindern, daß sie sich beschränken, aber dieses Thema wird ja nie angeschnitten... das ist eine Verantwortung gegen die Nachbarn... aber das immer natürlich durch Politik... es ist eine feststehende Tatsache, daß die slawischen Völker uns an Geburtenreichtum überlegen sind, z. B. Polen. Wenn diese Tendenz anhält, da bin ich überzeugt, dann muß es zu Konflikten kommen, zu Kriegen... Wir haben dieses Problem oft in der Gefangenschaft diskutiert, auch den Marxismus, und wir kamen immer zu dem Schluß, daß Kriege unvermeidlich sind. Wir hatten ja genug Zeit für die Probleme. Das ist ja ganz schön mit dem Lebensstandard usw., aber selbst wenn sich die Mächte einigen, das kann sich nur in die Länge ziehen, ich glaube nicht an die Besiedlung fremder Planeten. Auch das hätte ja Grenzen. Solange wir leben, werden wir das noch durchstehen, wenn die oben Nerven haben und wir Glück haben. Ich glaube, daß vom Russen aus, wie ich den kenne, nichts passiert. Die slawischen Völker sind Pa-

zifisten, konservativ beharrlich, die machen keine Eroberungszüge, die Slawen. Die sind nur friedlich, die Russen sind friedlich, die haben Angst vor den Deutschen und den Amerikanern, daß die den Krieg anfangen. Man kann Rußland das Ziel der friedlichen Durchdringung nicht übel nehmen. Wenn ich das Problem bei meinen Kollegen anschnelde, dann werden sie böse.

»Liegt das in erster Linie an der Natur der Menschen oder mehr an den gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen sie leben?«

Es liegt an der Natur des Menschen. Die Einstellung des Menschen müßte sich ändern. Die, die dazu berufen wären, die haben nichts zu sagen. Angenommen, die ganze Welt wäre unter einer Oberherrschaft. Es könnte einen Mann geben, der das zum Nutzen machen würde, das ist wie bei der Diktatur, der Nachfolger ist dann sadistisch und würde einfach einen Teil austreten. Man sieht das bei den Diktatoren, z. B. Franco. Die Welt strebe ja zu einem Zusammenschluß, jetzt gibt es schon zwei Hälften; entweder die eine siegt, oder sie einigen sich. Das Prinzip kann demokratisch oder diktatorisch sein. Sehen Sie, der kleine Max macht sich Gedanken (selbstironisch). Das sind biblische Aspekte, Zweiteilung, Feuer am Himmel, Ende. Die Vorsehung sieht ja ein radikales Ende vor. (Glauben Sie daran?) Ehrlich gesagt, ja, daß es so zum Schluß kommen muß, oder es muß eine freiwillige Geburtenkontrolle geben, sonst sehe ich keine Möglichkeit. Aber das Thema ist ja tabu, man will den Atomkrieg verhindern, aber... Ich glaube, daß das diktatorische Prinzip sich durchsetzt, oder eine strafbar geleitete Demokratie. Die ist der dem Idealzustand entsprechenden überlegen. Wir sehen das schon an Rußland. Das hat in seiner Entwicklung die freie Welt übertrifft, die Russen empfinden die Planwirtschaft als Überlegenheit gegenüber dem Westen.

»Im Grunde wollen wir doch alle anständig leben. Was ist denn dabei für Sie am wichtigsten?«

Ja, ja, ein politisches Programm. Eine Demokratie mit einer wirtschaftlichen Lenkung, eben so ungefähr das Programm der SPD. Keine Diktatur, keine liberale Wirtschaft, sondern einen Mittelweg: Zwischen einer Diktatur und einer idealen Demokratie. Wo gibt es das, in England? Demokratie in der Berufswahl, in der Wahl des Wohnsitzes, in der Gewissensfreiheit, in der Religion. Es soll bewacht werden, daß die Wirtschaft nicht zu einer Inflation führt, das ganz rigoros. Und Zölle, Streiks sollen nicht verboten werden, man soll die Lohn-Preis-Spirale regeln, die Werte, die wir schaffen, erhalten. Das soll durch eine gelenkte Wirtschaft garantiert werden. Die freie Wirtschaft ist nur für eine Hochkonjunktur gut.

»Woran liegt es denn eigentlich, daß es Schwierigkeiten macht, das zu erreichen (anständig leben zu können)?«

An den einzelnen und den Sonderinteressen gewisser Leute, die vom jetzigen Zustand profitieren. Die Beamten, die Angestellten und die Wissenschaftler sind in den Hintergrund getreten, die Arbeiter können nur durch ihre Organisiertheit sich dagegen schützen.

„Wie kann man sich dabei helfen?“

Ja... die freie Wirtschaft beschneiden, Gewerbezwang, Beschränkung, Planwirtschaft, aber eine gewisse Konkurrenz muß bleiben. Senkung der Steuern, es ist nicht notwendig, daß der Arbeiter und der frei Schaffende den Wiederaufbau finanzieren. Zentrale Organisationen, die Landwirtschaft trägt dazu bei (*meint, zur Verwertung des Lebens*). Senkung der Steuern ist ein sehr wesentlicher Faktor zum allgemeinen Wohlstand und Senkung der Preise durch Normierung.

„Kann einem dabei die Politik helfen?“

Gewiß.

Eine Fülle von Themen: Tendenz zur Überbevölkerung und Geburtenkontrolle, Ost-West-Konflikt, Krieg und Frieden, Marxismus und Psychologie der slawischen Völker, Diktatur und Demokratie, Marktwirtschaft, Planwirtschaft, Lohn-Preis-Spirale und die Hebung des Lebensstandards, der Föderalismus der deutschen Länder, die soziale Durchsetzungskraft der organisierten Arbeiterschaft gegenüber den geistigen Berufen — alles dies wird zu einem Kontext verknüpft und am Ende, unter dem theologischen Gesichtspunkt der Apokalypse, als ein Prozeß begriffen, der ebenso Gutes wie Böses, Wohltat wie Vernichtung bringen kann, mit Möglichkeiten also, die ergriffen und verwirklicht werden können. Daraus zieht die Antwort auf die Frage, wozu denn Politik überhaupt da sei, eine ganz andere Kraft, als ihrer schlichten Formulierung auf den ersten Blick anzusehen ist:

Das Leben der Masse des Volkes so angenehm wie möglich zu machen, es nach außen hin zu schützen und ihm die Möglichkeit zu geben, viel zu verdienen.

Um das durchzusetzen, muß es Politik mit jenem Prozeß aufnehmen, dem alle die genannten Alternativen innewohnen. Er soll im vollen Bewußtsein seines ebenso labilen wie explosiven Zusammenhangs zum Guten entschieden werden.

Bei diesem Typ nimmt *Politik* zum erstenmal die *Erscheinung »des Politischen«* an. Im Bereich des Politischen, in diesem ursprünglichen Sinne, wird über Wohl und Wehe der Gesellschaft im ganzen entschieden. Politik ist darum hier nicht mehr, wie es sich dem reflektierten Staatsbürger noch darstellte, der immer gleiche Konflikt stets wechselnder Interessen, sondern Auseinandersetzung um geschichtlich einmalige Fragen von großer Tragweite.

Den politisch Engagierten erscheint diese Sphäre nicht als der unveränderliche Zusammenhang von Regeln, sei es einer rationalen Verwaltung, sei es einer staatsmännischen Ordnung. Ihnen erscheint Politik nicht in erster Linie von der Seite der Apparatur. Sie haben ein ausgebildetes Bewußtsein davon, daß Politik es mit gefährlichen, jeden-

falls weitreichenden geschichtlichen Entscheidungen zu tun hat, mit Entscheidungen, die in Wohlstand und Armut, Glück und Leid der Massen unverwechselbare Spuren ziehen. Zur Politik gehören für sie Anstrengungen, die beispielsweise von der Überlegung ausgehen:

Es ist ja durchaus nicht notwendig, daß knapp zwei Drittel der Menschheit an der Grenze des Hungers leben. (*Philologe, 5. Sem., Int. 83*)

Politik erschöpft sich nicht in den Formalien eines Geschäftsordnungsganges, nicht in Verwaltung oder Lenkung, in der Reproduktion des »Ordnlichen«; sie findet vielmehr in unwiederholbarer Lage Lösungen oder verfehlt sie; sie kalkuliert mit gesellschaftlichen Prozessen im großen; in ihren Händen liegt immer schon die Möglichkeit eines Stücks Selbstbestimmung der Menschheit:

Ich halte eine Reorganisation der Gesellschaft im großen Stil für unmöglich. Dafür ist der Punkt schon zu zugespitzt; Schaffung von Bedürfnissen, Reklame, Leute mit soviel Geld. Das Ganze müßte man absägen, aber ich glaube nicht mehr an revolutionäre Umgestaltung. Etwas Positives kann man nur auf dem Wege der Auspendelung zustande bringen... Für eine Mehrzahl kann so ein Gleichgewicht erreicht werden. Zur Minderzahl rechne ich mich selber. Aus der Minderheit muß man auf die anderen einwirken. Die Mehrheit, das sind die Leute, die für ihre Verhältnisse die Glücklichen sind. Aber es gibt eben auch andere, die an purer Bedürfnisbefriedigung nicht interessiert sind. Die Mehrzahl hat auch ihre Schwierigkeiten, sie findet ja heute schon in ihrer Freizeit keine Befriedigung mehr. (*Historiker, 8. Sem., Int. 72*)

Auf der Folie dieser seltsamen Zweiklassentheorie stellt sich die Aufgabe der Politik so dar:

Das Ganze müßte dann so aussehen, daß ein Gleichgewicht von bewußt geschaffenen Bedürfnissen und deren Befriedigung besteht. Ein Gleichgewicht von Konsum und Produktion, das würde dazu führen, daß eine Anzahl Leute das bewußt steuern. Ich denke da an die »Brave New World« von Huxley. Die Rolle der Politiker ergibt sich daraus insofern, als die Bedürfnisbefriedigungsmaschinen gesteuert werden, und die Steuerung können nur Leute übernehmen, die selbst nicht mit dieser Art reiner Bedürfnisbefriedigung zufrieden sind.

Wiederum erscheint Politik unter gleichsam weltgeschichtlichem Aspekt, wiederum spielt sie in einem Medium irreversibler Entscheidungen. Politisierere und weltanschaulich Engagierte finden sich in dem Bewußtsein, daß in der Sphäre der Politik »etwas passiert«, daß in ihr Konflikte ausgetragen werden,

... in die jeder einzelne hineingerät, so daß es heute praktisch keinen Ort mehr gibt, wohin man sich zurückziehen und seine Ruhe haben kann. Jeder einzelne ist verknüpft mit dem, was geschieht. (*Mathematiker, 10. Sem., Int. 88*)